

Evangelischer Kirchentag 1951 Berlin, Hermann Ehlers und das Scheitern des „Kirchentagskreises“ im Bundestag*

Andreas Meier

War der Standpunkt des praktischen Theologen der Kirchlichen Hochschule (KiHo) Berlin Martin Fischer, „daß der Berliner Kirchentag (1951) die Bolschewisierung der Ostzone um zwei Jahre aufgehalten habe“ und dass „ähnliche Bedeutung der Leipziger Kirchentag (1954) für die zukünftige Lage der Menschen in der DDR bekommen“¹ dürfte, abwegig? Dieser Meinung ist die zeitgeschichtliche Forschung über den Kalten Krieg in Deutschland, die alle gesamtdeutschen Kirchentage übergeht. Es kümmert sie nicht, dass Medien damals oft durch entsandte Redakteure vor allem den Berliner Kirchentag und die Begegnung Ost- und Westdeutscher, welche die Dogmatik des Kalten Krieges zu ideologischen Kontrahenten machte, als politisches Wagnis weltweit aufmerksam verfolgten. Das gehört zu einem von der Zeitgeschichte „weitgehend unbeackertem Feld“², wiewohl der Historiker Dirk Palm unter dem Titel „Wir sind doch Brüder! Der Evangelische Kirchentag und die gesamtdeutsche Frage“ das kirchliche Quellenmaterial bereits vor zehn Jahren erschlossen hat.³

* Ich widme diesen Aufsatz meinem verehrten Lehrer, dem am 17. März 2010 heimgerufenen Herrn Prof. Dr. Wolf-Dieter Hauschild. Er hat mich auf Hermann Ehlers und die mit diesem verbundenen theologischen und geschichtlichen Themata aufmerksam gemacht und meine Arbeit sehr aufmerksam begleitet.

¹ Das schrieb Martin Fischer am 22. Juli 1954 an den Generalsekretär des Kirchentags Pfarrer Heinrich Giesen (S. 02), NL M. Fischer (EZA 606/29).

² Thomas Sauer, Zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik – Schwerpunkte und Perspektiven der Forschung, in: Claudia Lepp/Kurt Nowak (Hgg.), Evangelische Kirche im geteilten Deutschland, Göttingen 2001, 298f. Dem 2013 nicht überholten Urteil entspricht die im November 2011 von Historikern der Universität Potsdam für die Bundeszentrale für politische Bildung in Koblenz veranstaltete „Deutschlandforschertagung“ über „Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Zur politischen Kultur im Kalten Krieg“. Den religiösen Teil dieser Kultur griff einer von 19 Vorträgen unter der Überschrift „Kalter Krieg und Klerus“ auf. Die gesellschaftliche Wucht der Laienbewegungen nach 1945 in evangelischer und katholischer Kirche ist stillschweigend ausgeklammert. Konsequenterweise erwähnt das Themenheft „Zeitgeschichte“ der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 1–3/2012 keine kirchlichen Aktionen.

³ Dirk Palm, „Wir sind doch Brüder!“ Der Evangelische Kirchentag und die deutsche Frage 1949–1951, Göttingen 2002.

Die Aufmerksamkeit gilt im Folgenden vor allem der widersprüchlichen Art und Weise, wie 1951 mit den Implikationen einer kirchlichen Großveranstaltung im entstehenden Kalten Krieg umgegangen wurde. Eine wichtige Rolle spielte der „Mittwochskreis“ evangelischer Bundestagsabgeordneter (auch „Kirchentagskreis“ genannt), den Ende 1950 der Bundestagspräsident Hermann Ehlers und der Präsident des Kirchentags, Reinold von Thadden-Trieglaff, zur Vorbereitung des Tages im Jahre 1951 zusammengerufen hatten, um durch ihn ein dauerhaftes Gesprächsforum im Bundestag zu schaffen. Arbeiten über die deutsche Geschichte seit 1945 erwähnen ihn freilich in der Regel nicht. Zu erklären bleibt, warum er damals sang und klanglos einging, während Kirchentage weiterhin Massen anziehen. Vermutlich, so meine These, überfordert(e) er die Beteiligten, Abgeordnete wie Kirchenleute.

Der Berliner Kirchentag und seine Teilnehmer würden missverstanden, legte man retrospektiv Lagerkriterien des Kalten Kriegs an. Er fand in der Nachkriegszeit statt, als die Deutschen „sich gegenüber beiden Staatsgründungen im wesentlichen abwartend verhielten“.⁴ Für Zeitgenossen des Jahres 1951 widersprach er dem heraufziehenden Lagerdenken. Unabsehbar war die Entwicklung der Weltpolitik und der Beziehung von Ost- und Westdeutschen. Die meisten Politiker der Bundesrepublik boykottierten den ersten gesamtdeutschen Kirchentag, weil sie sich voreilig dem unversöhnlichen Lagerdiktat des Kalten Krieges unterwarfen. Auf dem nächsten gesamtdeutschen Kirchentag 1954 in Leipzig kam es zum Eklat: „Bundeskanzler Adenauer piff nach Beginn des Kirchentags telegraphisch alle Kirchentagsteilnehmer, die in der Bundesregierung und deren Verwaltung arbeiteten, zurück.“⁵ „Strafarbeit für den Walter Strauß: 100x (persönlich und nicht etwa durch Sekretärin) schreiben: ‚Ich soll mich nicht mit östlichen Politikern an einen Tisch setzen!‘ Adenauer, Klassenlehrer“ – so karikierte der betroffene evangelische Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Walter Strauß, des Kanzlers Telegramm.⁶

Die folgende Untersuchung stützt sich vor allem auf die Auswertung der zeitgenössischen Publizistik. Zum Jahr 1951 stellt sich die Frage: Warum und wie widersprach Bundestagspräsident Hermann Ehlers dem vor innerdeutschen Gesprächsmöglichkeiten zurückschreckenden Bundeskanzler Adenauer, indem er sich „an die Spitze der Massendynamik“⁷ des Kirchentags setzte? Theologisch brisant ist, dass Ehlers in diesem Widerspruch sowohl kirchliche wie politische Fronten unterließ: Er widersprach seinem Parteifreund Adenauer, in politischer Loyalität, weil beide den Kirchen und Kirchentagen als Gesprächsforen unterschiedliche Aufgaben zuwiesen. Aber dieser ernste Widerspruch verband Ehlers keineswegs mit dem Widerstand seiner Freunde aus der Bekennenden Kirche gegen Adenauer. Vielmehr verwickelte der Kirchentag den ehemaligen Juristen der Bekennenden Kirche in der Leitung des Bundestages auch in heftige Auseinandersetzung mit den Freunden um Gustav Heinemann und Martin Niemöller. Das „protestantische Wunder“ des Kirchentages

⁴ Martin Greschat: „Die Vorgeschichte“, in: Lepp/Nowak, Evangelische Kirche (wie Anm. 2), 41.

⁵ Mitteilung Heinrich Grübers in: ders., Aus sieben Jahrzehnten, Köln 1968, 359.

⁶ Zitiert aus Strauß' Unterlagen zum Kirchentag 1954 im Bestand Walter Strauß ED 94, Bd. 303 im Institut für Zeitgeschichte, München.

⁷ Palm, ‚Wir sind doch Brüder!‘ (wie Anm. 3), 128.

auf beiden Seiten in der Frontstadt zu ermöglichen, setzte Empathie voraus, die keineswegs alle Politiker und Kirchenleute aufbrachten⁸. Es war vielen zeitgenössischen Politikern wohl einfach nicht geheuer. Im Rückblick die ineinander verwobenen „säkularen“ und religiösen“ Gegebenheiten hinter sogenannten „Werten“ zu verstecken, in „Wertkonflikten“ verschwinden zu lassen, erklärt freilich nichts.

I. Der ‚Anfangszustand‘ der Nachkriegsdeutschen auf Kirchentagen

Aus der Neuordnung der evangelischen Kirche nach 1945 ergab sich, dass in einem Laienforum, auf einem Kirchentag, die hier erörterten grundsätzlichen kirchlich-politischen Konflikte erstmals in aller Deutlichkeit aufbrachen. Das Laienforum wurde nach 1945 in Reaktion auf entwürdigende Erfahrungen im „Dritten Reich“ vor allem durch Reinold von Thadden-Trieglaff im Deutschen Evangelischen Kirchentag als Novum kreiert.⁹ Man knüpfte dabei an die seit 1935 durch von Thadden-Trieglaff und Paul Humburg für den „Reichsausschuß der deutschen Evangelischen Wochen“ veranstalteten „Evangelischen Wochen“ an. Die erste hatte in Hannover vom 26.–30. August 1935 „Wahrheit und Wirklichkeit der Kirche“ zum Thema gehabt. Von Thadden-Trieglaff war sich damals sicher gewesen, durch diese kirchenkritische laienmissionarische Aktivität „zugleich [...] unserem Volk und Vaterland die Bahn zu brechen für eine neue freie Entfaltung unseres Lebens.“¹⁰ An dieser nach 1919 in der geschrumpften pommerschen Heimat als deutschnationale Mentalität verständlichen Verwebung kirchlicher und nationaler Ziele, hielt von Thadden-Trieglaff auch nach 1945 fest: „Von großer Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der EKD und damit auch des deutschen Volkes waren die großen gesamtdeutschen Wiedersehenstreffen (Berlin 1951 und Leipzig 1954), zu denen auch die Kirchentage 1953 in Hamburg und 1956 in Frankfurt am Main zu zählen sind.“¹¹ „In ihren letzten Wurzeln hängt unsere politische Not mit der religiösen Not zusammen.“¹²

⁸ Alexander C.T. Geppert und Till Köster verweisen auf wenig medienaffine „protestantische Wunder“ im römisch-katholischen „Marianischen Jahrhundert“. Sie nennen die schroffe Trennung „religiöser“ und „säkularer“ Gegebenheiten „heute nicht mehr möglich“. Vgl. dies., Wunder in der Zeitgeschichte, in: dies. (Hgg.), Wunder. Poetik und Politik des Staunens im 20. Jahrhundert, Berlin 2011, 22f. u. 43.

⁹ Vgl. dazu Palm, ‚Wir sind doch Brüder!‘ (wie Anm. 3), 46–52.

¹⁰ Reinhold von Thadden Trieglaff, Unser Auftrag und unsere Arbeit, in: Eberhard Müller (Hg.), Wahrheit und Wirklichkeit der Kirche. Vorträge und geistliche Reden, gehalten auf der Evangelischen Woche, 26.–30. August 1935 in Hannover, Berlin 1935, 301.

¹¹ Friedebert Lorenz zitiert von Thadden in: ders., Die Reisen und Leiden des Reinold von Thadden-Trieglaff, Fulda 1985, 57. Entnommen aus Patricia Commun, L'église Evangélique en Allemagne et la question allemande (1945–1954), Paris 1988, welche die Seitenzahl bei Lorenz nicht nennt.

¹² Vgl. von Thadden-Trieglaff, Das Ja zum Staat, in: Neue Furche 5 (1951), 692.

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 verlagerte die Nöte der Deutschen in kirchliche Gremien, indem es kirchlicher Betätigung die größten Freiheiten einräumte:

„Subject to the necessity for maintaining military security, freedom of speech, press and religion shall be permitted, and religious institutions shall be respected“.¹³

Deutsche konnten sich in den Nachkriegsjahren hier wie an keinem anderen Ort frei versammeln, Gespräche führen, Unterstützung in konkurrenzlosen kirchlichen Einrichtungen suchen, über ethische, religiöse wie soziale Nöte klagen und so – bewusst oder unbewusst – die kümmerliche politische Ordnung unter dem Besatzungsregime unter Rechtfertigungsdruck stellen. Sicher waren gut neunzig Prozent der Deutschen in christlichen Traditionen aufgewachsen, kannten biblische Geschichten und Kirchenlieder. Die Nachkriegszeit hatte alle Deutschen in einen „Anfangszustand (position originelle) radikaler Ungewissheit in Bezug auf das (gebracht), was ist, in Wirklichkeit ist, und, untrennbar damit verknüpft, in Bezug auf das, was wichtig ist, was Wert besitzt.“¹⁴ In den damaligen Funktionssystemkrisen¹⁵ gab diese christliche Prägung den Orientierungsversuchen vieler christliche Gestalt. Das führte in Kirchentagen beider Konfessionen viele Personen unterschiedlichster Couleur zusammen; nichtkirchlich motivierte Kontakte ergaben sich nicht nur für den katholischen Juristen Carl Schmitt.¹⁶ Allein aus Planungsvorstellungen und -gesprächen im Kirchentagspräsidium auf Erwartungen und Meinungen der Teilnehmer schließen zu wollen, verkennt die anarchischen Grundzüge der Kirchentage.¹⁷

II. Pressure-group und Einigungsdruck im Präsidialausschuss des Kirchentages

Die Eigentümlichkeit Ehlers' zwischen allen Fronten wird erkennbar, wenn erst beschrieben ist, wie wann wer beschloss, den Kirchentag in die Viersektorenstadt Berlin zu verlegen. So gerät nämlich die mentale Infrastruktur in den Blick, welche das kirchliche Handlungsfeld prägte, das Ehlers in Konflikte verwickelte, die er „zwischen den Fronten“¹⁸ kirchlich und politisch souverän meisterte. Da in der SBZ für die

¹³ Potsdam Agreement Part II, Section A, Par 10 in: Germany 1947–1949. The story in documents, hg. v. Department of State, Division of Publications, Washington 1950, 49.

¹⁴ Luc Boltanski, Individualismus ohne Freiheit. Ein pragmatischer Zugang zur Herrschaft, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 5 (2008), 133–150, hier 133.

¹⁵ In Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb des breiten Krisenszenarios das religiöse Funktionssystem wichtig. Vgl. Rudolf Stichweh, Zu einer allgemeinen Theorie der Funktionssystemkrise <http://unilu.ch/files/allgemeine-theorie-der-funktionssystemkrise> (Letzter Zugriff am: 10.09.2012).

¹⁶ Carl Schmitt traf auf dem Katholikentag in Bochum 1949 den spanischen Juristen Rafael Calvo Serer, der in Spanien der 1950er Jahre in Absprache mit Schmitt sich als konservativer Modernisierer rege zu Wort meldete. Vgl. Dimitrios Kisoudis, Don Carlos, der Alte in Plettenberg, in: FAZ v. 5. November 2011.

¹⁷ Das ist gegen die Dirk Palms Beschreibung der Kirchentagsgeschichte als „Auseinandersetzung von Konzepten“ einzuwenden. Vgl. Palm, ‚Wir sind doch Brüder‘ (wie Anm. 3), 16.

¹⁸ Vgl. Gerhard Besier, Hermann Ehlers. Ein evangelischer CDU-Politiker zur Frage der deutschen Einheit, in: Kerygma und Dogma 36 (1990), 92.

„Laienaufbauarbeit des Kirchentages“¹⁹ finanzkräftige Kooperationspartner fehlten, dominierten Westdeutsche das Präsidium des Kirchentages. Nach den Kirchentagen in Hannover und Essen sollte zum dritten in eine süddeutsche Stadt eingeladen werden. Die Einladung des Stuttgarter Oberbürgermeisters in die schwäbische Metropole tat das Ihre: Der Kirchentag 1951 sollte in Stuttgart stattfinden.

Im Herbst 1950 mobilisierten Berliner und ostdeutsche Kirchenfunktionäre alle Kräfte, um stattdessen Berlin zum Austragungsort zu machen. Von Thadden schrieb seinem Freund Klaus von Bismarck erbost:

„Der Druck, der zur Zeit psychologisch und sachlich vom Osten auf mich ausgeübt wird, ist geradezu beängstigend angesichts der Tatsache, daß ich beim besten Willen nicht weiß, wie sich bei unseren gegenwärtigen Kräften [...] ein Berliner Kirchentag 1951 technisch durchführen läßt.“²⁰

Er befürchtete im Streit um den Austragungsort „das Auseinanderbrechen des Kirchentages“. Er finde:

„daß diese Gesichtspunkte [...] im Zentrum einer echten Glaubensentscheidung stehen müssen. Von Berlin haben wir Geheimrat (Reinhold) Quaat, Bruder (Kurt) Scharf, (Lothar) Kreyssig und Heinrich Vogel zu erwarten, die im Flugzeug angerückt kommen, um die Verlegung des Kirchentages in den Osten zu erzwingen [...]. Möchte uns geschenkt werden, daß wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen.“²¹

Eine schwere Erkrankung verhinderte dann von Thadden-Trieglaffs Teilnahme am Präsidialausschuss am 7. September 1950 im Stuttgarter Reichsbahnhotel.

Ob im Kopf einiger Ausschussmitglieder das Diktum der Leitfigur der BK-Theologen Karl Barth von 1949 nachklang: „Der Gegensatz zwischen Ost und West geht uns Christen gar nichts an“²²? Jedenfalls ergibt das Studium der 38 Protokollseiten, dass zwar zu Beginn der achtstündigen Sitzung Kurt Scharf, verantwortlich für Brandenburg im Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg, den Kirchentag nach Berlin einlud „um unserer Situation willen, (wegen) [...] der allgemeinen kirchlichen, kirchenpolitischen und politischen Gesamtlage.“²³ Die Kirche im Osten befände sich „in der kommunistischen Gegenkirche“ (3). Er zitierte Martin Niemöller, „daß die Rechtswillkür, der Zugriff auf das Privateigentum, die völlige Wandlung der sozialen Verhältnisse in den letzten Monaten [...] für die Menschen in der Ostzone unerträglich geworden ist.“ (4) Aber niemand ging auf die politische Eigenart der politischen Systeme ein, mit denen ein Arrangement gefunden werden musste. Sowohl die von vielen geteilte Befürchtung Karl Hartensteins, Vertreter des württembergischen Bischofs bei der Militärregierung, „daß eigentlich von Öffentlichkeit, wie wir das Wort bisher gebraucht haben, im Osten nicht mehr die Rede sein kann“ (12), als auch die briefliche Mahnung Professor Heinrich Rendtorffs,

¹⁹ Von Thadden-Trieglaff nutzte diesen Begriff im Brief vom 2. Mai 1951 an Herrn Ministerialdirektor Bleibtreu (EZA 71/139).

²⁰ Brief von Thaddens an von Bismarck vom 23. Oktober 1950 (EZA 71/139).

²¹ Das schrieb er Prof. Dr. Heinrich Rendtorff in Kiel am 4. November 1950 (EZA 71/139).

²² Karl Barth am 6. Februar 1949 im Berner Münster. Zit. in: NZZ Fernausgabe Nr. 115 (v. 7. August 1951), Blatt 3: „Eine fragwürdige Strömung im Protestantismus“.

²³ Scharf nach Protokoll der Ausschusssitzung am 7. November 1950, 2 (EZA 71/139). Die Zahlen im folgenden Text hinter den zitierten Äußerungen verweisen auf die jeweilige Seite in diesem Protokoll.

dass der Kirchentag im Osten anders gestaltet sein müsse, nämlich „daß man auf die freie Aussprache verzichtet und der Kirchentag sich auf biblische Fragen beschränkt“²⁴, übergangen politische Probleme.

Dem entsprach die Scheu der meisten Ausschussmitgliedern vor organisationspraktischen Kompromissvorschlägen. Weil Welten das soziale Leben, die politischen Verbände in Ost und West trennten, weil „die Themen völlig verschieden sind“ (11), schlug Eberhard Müller von der Evangelischen Akademie Bad Boll, eingeübt in Kompromisslösungen durch sein jahrzehntelanges Engagement für den Studentenverband DCSV, vor:

„Wenn wir dem gerecht werden wollen, was Brüder im Osten wollen, dann können wir nur zwei miteinander gekoppelte Tagungen machen, gleichzeitig Parallelveranstaltung wäre in Berlin und im Westen.“ (11)

Dem stimmte Eberhard Stammler, Pfarrer und Publizist, zu: Der Rundfunk erlaube einen „unmittelbaren Austausch zwischen den beiden Orten, Berlin könnte die Reden von Stuttgart hören und umgekehrt [...]“. (15)

Wie ein grundsätzlicher Einwand klang die Frage Ernst zur Niedens, der die Männerarbeit in der hessen-nassauischen Kirche leitete: „Müssen wir, solange der Eiserne Vorhang besteht, unseren Kirchentag immer in zweifacher Gestalt haben?“ (26). Ihn schreckte die Aussicht durchaus nicht, dem politischen Konflikt durch Entkoppelung der Kirchentage auszuweichen, weil das „die Behauptung entkräftet, daß es sich um einen Kompromiß handeln müsse. Unwahrscheinlich sei doch, daß ein gesamtdeutscher Kirchentag die Christenheit von Schlesien bis in die Pfalz erreicht“ (26). Er versuchte nicht, die in der Viersektorenstadt präsenten politischen Systeme zu beurteilen, er wollte vor allem, daß die heilige Gemeinschaft des kirchlichen Laientages nicht in den Verdacht kommt, Kompromisse einzugehen. Diese Scheu vor Kompromissen darf bei Ausschussmitgliedern wie unter Kirchenmitarbeitern allgemein vermutet werden.²⁵ Nur der journalistisch aktive Stammler ging auf den vorgeschlagenen Kompromiss als Gestaltungsmöglichkeit ein (15).

Lothar Kreyssig, Präses der provinziälsächsischen Synode, hielt sich wie die anderen mit den praktischen Einwendungen des Generalsekretärs des Kirchentages, Pfarrer Heinrich Giesen, nicht auf, der Stab sei überfordert, die Finanzierung sei unsicher, und unklar sei, ob Ostdeutsche nach freimütigen Äußerungen vor DDR-Organen geschützt werden können (14). Müller, sagte Kreyssig, habe „zum Realismus gerufen. Ich halte Konkretisierung für möglich. In der Frage der Kompromißlösung muß ich leidenschaftlich widersprechen. Wenn Sie uns den Dienst leisten in der Verantwortung Gottes, ist das sicher für mich entscheidend.“ (22) Der Dienst in der Verantwortung Gottes schloss für ihn einen Kompromiss aus. „Gottes Geschenk“ sei, so Kreyssig, dass er „uns die beiden Hälften Deutschlands anvertraute. Ich habe Angst, wenn wir ausweichen (und keinen Kirchentag in Berlin abhalten, AM), daß

²⁴ Vgl. Protokoll 9 (wie Anm. 23); Heinrich Giesen referierte Rendtorffs Brief und Ablehnung des Tagungsortes Berlin.

²⁵ Die Liste abfälliger Kommentare über Kompromisse von Theologen wäre lang. Hier genüge der Bericht des Großstadtpfarrers Jacobi, der durch seine Proteste „gegen gesetzmäßiges Vorgehen gegen Ausgetretene [...] in Pfarrkonferenzen als weichlich und Kompromißmacher pp. erschien“. Vgl. Jacobi, Tagebuch eines Großstadtpfarrers. Briefe an einen Freund, Berlin ³1932, 31.

wir dann eigene Wege gehen.“ (22). Kein Ausschussmitglied erkundigte sich beim sachsen-anhaltinischen Visionär,²⁶ worin die gegen Müllers „Realismus“ angeführte „Konkretisierung“ bestehe, an wen sich „Gottes Geschenk“ der beiden Landeshälften richte und welche Bedeutung dabei den Besatzungsmächten zufalle.

Charakteristisch sind die Widersprüche, in die sich Kurt Scharf verwickelte. Einerseits hatte er aus der Feststellung, der Kirchentag in Berlin habe „weltpolitische Bedeutung“ (5), politische Folgerungen gezogen: Im Konflikt mit der kommunistischen „Gegenkirche“ sei der Kirchentag sinnvoll, weil „die Schlacht absolut offen ist.“ Der weltpolitisch bedrängte Gegner im Osten „versucht nach außen hin [...] das Gesicht zu wahren.“ Das folgerte er aus einem Gespräch mit Wilhelm Zaisser,²⁷ dem Minister für Staatssicherheit, am 3. November. Die ostdeutsche Regierung wolle unbedingt einen „offenen Kirchenkampf“ vermeiden (3) – ungeachtet des Kampfes der SED-DDR um „die totale Beherrschung des Menschen in der Ostzone, die absolute Zurückdrängung der christlichen Kirche“ (3). Der Kirchentag solle diese politische Schwäche nutzen, schlug er vor und unterschied dies von der „leichtfertigen ... verbrecherischen Propaganda, die der RIAS und Adenauer in seinen Reden betrieben“ (4). Die speisten Ostdeutsche mit dem Trost ab: „Haltet ein wenig durch, in Kürze seid ihr frei, dann werden die D-Züge wieder rollen – in kurzer Zeit muß sich dies als Täuschung erweisen.“ (4) Andererseits lag ihm weder an Verständigung mit der Bonner Republik noch mit der Berliner Volksdemokratie:

„Wir können, wenn der Kirchentag so läuft, wie wir wünschen, ihn so zustandebringen, daß er von beiden Seiten beföhdet wird, und daß er geistig das bringt, was er braucht.“ (17).

Kirchenfunktionär Scharf forderte also implizit, sich durch den Berliner Kirchentag als „drittem Ort“ mit beiden deutschen Staaten zu überwerfen.

Im Präsidialausschuss wurden acht Stunden Meinungen ausgetauscht, ohne dass ernsthaft gestritten wurde. Protagonisten für das ursprünglich vorgesehene Stuttgart fehlten. Reinhold Quatz, Agitator für die Verlegung nach Berlin, hatte schon zu Beginn „die feste Überzeugung: Sie haben in Ihrem Herzen beschlossen, der Kirchentag 1951 kann nirgends anders stattfinden als in Berlin.“ (8) Die Bindung an die im Osten leidenden Glaubensgeschwister schuf im Ausschuss einen Einigungsdruck, der Streitpunkte der politischen Umwelt ausgeblendet haben dürfte, die als Externa die Einigung in Gefahr gebracht hätten.²⁸ Einstimmig beschloß der Ausschuss die Ver-

²⁶ „Kreyszig [...] ist leider etwas zu romantisch, um die Dinge objektiv zu sehen“, schrieb der um Vermittlungen bemühte Propst Heinrich Grüber am 30. September 1951 an Hermann Ehlers (ACDP I-369-004/1).

²⁷ Dem in Gelsenkirchen geborenen Wilhelm Zaisser war der Umgang mit Kirchen nicht fremd. Er hatte am 28. April 1950 an der „ersten großen Gesprächsrunde zwischen dem SED-Staat und der Kirche teilgenommen.“ Vgl. Gerhard Besier/Stephan Wolf (Hgg.), Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und die Kirchen, Neukirchen ²1992, 5. Auf den Kirchentag in Berlin gehen Besier und Wolf nicht ein.

²⁸ George F. Loewenstein, Max H. Bazerman und Leigh Thompson stellen in ihrer empirischen Untersuchung fest, dass „individuals in real world contexts have difficulty reaching mutually acceptable decisions and often appear to be trying to beat the other party.“ ‚Individual factors‘ und ‚environmental factors‘ stimmten in ihrer Wirkung auf die Beschlussfassung nicht grundsätzlich überein. Vgl. dies., Social Utility and Decision Making in Interpersonal Contexts, in: Journal of Personality and Social Psychology 57 (1989), 426–441; zit. 439.

legung nach Berlin. „Nicht Ostzone sagen: DDR“, ermahnte Max Müller – Schöll bei der Formulierung einer Presseerklärung (33). Damit war nicht eine staatliche Anerkennung der DDR bezweckt. Jede Gestaltung von Pressemitteilungen beabsichtigt als diplomatische Aktion grundsätzlich, seelsorgerlich – empathisch auf beiden Seiten der Frontlinie weitestmöglich Zustimmung zu erreichen. Der östliche deutsche Staat nannte sich DDR, und mit dessen Amtsträgern hatten sich ostdeutsche Christen herumschlagen. Bereits in der Anrede das Gewaltregime zu provozieren, hätte die erforderlichen Gespräche zumindest erschwert.

Obwohl gegen die Vorbehalte von Thadden – Trieglaffs entschieden worden war, übernahm er selbstverständlich die Vorbereitung und sagte in meisterhafter Diplomatie den Regierungen in Ost-Berlin und in Bonn Unterschiedliches zu; sein Versprechen, der Kirchentag werde die Gesetze der DDR achten, spannte die Propaganda zum Ruhm der „deutschen Hauptstadt Berlin“ für den Kirchentag ein. Kanzler Adenauer versicherte ihm finanzielle Unterstützung. Östliche Magistrats- und westliche Senatsverwaltungen konkurrierten in Berlin mit verbilligten Fahrkarten für Nahverkehrsmittel, Reichs- und Bundesbahn kooperierten bei der Bereitstellung von Sonderzügen. Am 29. März hatte die DDR-Regierung die später berüchtigte Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen (VAVO) erlassen, die nach Auskunft von Anselm Giering während des Kirchentages 1951 nicht angewandt wurde.²⁹ Indessen versuchten DDR-Regierung und Magistrat, den Kirchentag durch Agenten zu unterwandern, zensierten zum Beispiel Rundfunkübertragungen vom Kirchentag. Andererseits boykottierten die Bundesregierung und der von Ernst Reuter (SPD) im Frühjahr 1951 aus SPD, CDU und FDP in West-Berlin gebildete Senat alle Veranstaltungen im Ostsektor. Für eigenen Gesprächsstoff sorgte das „groteske Pathos“, mit dem seit 1949 in West-Berlin über Religionsunterricht als Teil des schulischen Lehrplans gestritten wurde.³⁰

Die unkontrollierbare Dynamik³¹ des Kirchentages durch begeisterte Berliner und bis zu 300 000 ost- und westdeutsche Teilnehmer überrascht, weil aus den schwankenden Orientierungswünschen der in der „position originelle“ über ihre Zukunft völlig unsicheren Nachkriegsdeutschen nicht auf dynamische Aktionsbereitschaft zu schließen war. Zum Ausdruck ihrer Erwartungen, Hoffnungen und Sorgen griffen Teilnehmer mehr oder minder selbständig, anarchisch auf die eingeübte Sprache christlicher Gebete und Gesänge zurück. Gerade im Ostteil Berlins fielen in S-Bahnen und auf Straßen spontan angestimmte christliche Choräle auf.³² Diesen „Faktor der

²⁹ Die VAVO steht im Gesetzblatt der DDR 1951 auf S.231, am 1. Juli 2011 erzählte Oberkonsistorialrat i. R. Achim Giering dem Autor von der Nichtanwendung der VAVO während des Kirchentages im Jahre 1951.

³⁰ Vgl. Zwei Parteien, in: Der Tagesspiegel v. 15. Juli 1951, 1.

³¹ Die „Neue Zeit“ der DDR-CDU Nr. 156 (v. 10. Juli 1951), 3 erwartete bei der „Begegnung des evangelischen Deutschlands stärkstes Interesse auch im Ausland – 500 000 Gäste für Sonntag.“

³² Das berichtet beispielsweise Die neue Zeitung Nr. 162 (v. 13 Juli 1951), 1 und Nr. 163 (v. 15. Juli 1951), 3; wie auch die FAZ v. 18.07.1951, 2. Im Oldenburger Sonntagsblatt vom 29. Juli 1951 berichtete Hermann Ehlers davon, dass auf einen heftigen Regenfall der Gesang antwortete: „Lobe den Herren, der aus dem Himmel mit Strömen der Liebe gregnet [...]“

Anarchie³³ hielt allein die Tatsache in Grenzen, dass Volksdemokratie und Bundesrepublik entgegen der Hoffnung Scharfs bei der Organisation des Kirchentags kooperierten.

Auf das Politikum der anarchisch begeisterten Kirchentagsteilnehmer konnte der Präsidialausschuss nicht eingerichtet sein, weil ihn allein kirchliche Erwägungen und Vorbehalte dominierten. Dies war ein situationsbestimmtes Verständigungsproblem. Der innovative Kirchentag gehörte zum Protestantismus, der sich unter dem Nazi-regime verkirchlicht hatte, um Eindeutigkeit in Glaubensfragen zu sichern.³⁴ Als in Nachkriegsdeutschland der Horizont offen schien für alle Neuansätze, sahen Kirchenvertreter keinen Grund, von dieser unterstellten neuen Sicherheit abzuweichen. Sie orientierten sich, schwankend zwischen „Neuanfang und Restauration“³⁵ an traditionellen Bekenntnisstrukturen. Das stabilisierte in vertrauten Bezügen und erleichterte in der kirchlichen Provinz die Klientelbildung. Der lateinische Begriff der „provincia“ bezeichnet ja einen gesellschaftlichen „Zuständigkeitsbereich“. Viele Arbeiter in der kirchlichen Provinz verschlossen sich der Eigenständigkeit demokratisch geordneter politischer Entscheidungsfindung, welche parallel politisch engagierte Deutsche einbürgern wollten³⁶. Eine Entscheidung in der politischen Provinz hatte darin bestanden, ein Parteiensystem einzurichten, in dem auf Dauer formierte politische Parteien die Handlungsträger sein sollten. Diese staatliche Ordnung musste auf einem von möglichst vielen demokratieungewohnten Bürgern gestützten „Gemeinschaftshandeln“³⁷ ruhen, dem evangelische Kirchenführer aber mit starken Vorbehalten begegneten. Ihnen lag aus seelsorgerlichen Gründen mehr an gegenstandsbezogenen Parteien als an einer etablierten parteidemokratischen

³³ Zur Interpretation taugt Luc Boltanskis erwähnte Argumentation. In der „position originelle“ müssten ungewisse Menschen „zwei Zwänge beziehungsweise zwei Faktoren der Anarchie“ überwinden, nämlich zum einen die Zufälligkeit der Wirklichkeit, die Boltanski „Welt“ nennt, und zum anderen die „Schwierigkeit, zwischen Menschen, die im Lebensstrom treiben, eine Übereinstimmung zu konzipieren und zu bewerkstelligen“. Vgl. Boltanski, Individualismus ohne Freiheit (wie Anm. 14), 133f.

³⁴ Kurt Nowak, Christentum in politischer Verantwortung. Protestantismus in der SBZ 1945–1948, in: Joachim-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hgg.), Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1990, 42–62, hier 43.

³⁵ Vgl. Martin Greschat, Weder Neuanfang noch Restauration. Zur Interpretation der deutschen evangelischen Kirchengeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: ders., Protestanten in der Zeit, Stuttgart 1984, 154–179.

³⁶ Deutlich ist das an den Reserven insbesondere der evangelischen Kirche gegenüber der Verfassungsarbeit des Parlamentarischen Rates: In Voten der Kirchenmänner beider Kirchen zur Arbeit des Rates erfolgte nach der Schilderung Reiner Anselms „eine Delegitimierung des demokratischen Rechtsstaates [...]. Man beteiligte [...] sich nicht an der Konstituierung eines modernen, weltanschaulich neutral und pluralistisch verfaßten Rechtsstaates. Ihm gegenüber herrschte tiefe Skepsis, wenn er nicht auf einem durch kirchliche Verkündigung gefüllten und in der kirchlichen Lehre begründeten Freiheits- und Grundrechtsverständnis ruhe.“ Vgl. Reiner Anselm, Verchristlichung der Gesellschaft? Zur Rolle des Protestantismus in den Verfassungsdiskussionen bei der deutschen Staaten 1948/9, in: Kaiser/Doering-Manteuffel (Hgg.), Christentum und politische Verantwortung (wie Anm. 34), 63–87, hier 73f.

³⁷ Max Weber schildert das für dauerhafte „Neuerungen unabdingbare „Gemeinschaftshandeln“ in § 2 „Rechtsordnung, Konvention, Sitte“ des ersten Kapitels im zweiten Teil von „Herrschaft und Gesellschaft“. Vgl. ders., Herrschaft und Gesellschaft, Tübingen ⁵1972, 189.

Ordnung. Der diene keinesfalls, wenn beispielsweise Propst Heinrich Grüber, nach dem Krieg kurzzeitig Bürgermeister in Kaulsdorf bei Berlin, in einer Pressetagung im Juli 1950 als Beauftragter des Rates der EKD bei der Regierung der DDR feststellte: „Politische Parteien tragen dieses Erbe der Vergangenheit (gottgleich sein zu wollen) an sich. Die streben mehr oder minder alle zur Totalität.“³⁸ Hermann Ehlers widersprach 1951 zwei Monate vor dem Berliner Kirchentag im Oldenburger „Sonntagspiegel“ dieser Position energisch:

„Es ist verhältnismäßig billig, von draußen, aus einer vielleicht höchst christlich umschriebenen Position heraus, über die bösen Parteien zu wettern, aber weder Hand anzulegen noch Wege zu weisen, wie es anders gemacht werden kann. Diese Ablehnung und diese Anforderungen an Parteien wachsen aus einem in Deutschland häufigen Missverstehen der Parteien und ihrer Aufgaben. Der Deutsche pflegt alles total zu betreiben, auch die Partei [...]. Wie viele Menschen in Deutschland gibt es, die andere Menschen [...] persönlich verunglimpfen, weil sie einer anderen Partei angehören. Das ist Unsinn, ja das gefährdet überhaupt das Werden von Parteien, die ihrer Aufgabe gerecht werden können [...]. Politische Parteien sind in einer parlamentarischen Demokratie nötig [...]. Der evangelische Mensch kann sich mit Freiheit zwischen den verschiedenen Parteien seinen Standort wählen.“³⁹

Klar war die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit formuliert. Grübers Vorbehalte gegen die Parteien wurden im Umfeld Niemöllers geteilt, der demonstrativ der ersten Wahl zum Bundestag am 14. August 1949 fern geblieben war.⁴⁰ Der Kirchentag von 1951 dramatisierte im In- und Gegeneinander kirchlicher und politischer Erwartungen, Möglichkeiten und Voraussetzungen gewissermaßen die Konkurrenz, in die in den Nachkriegsjahren die gesellschaftlichen Provinzen gerieten. Im Folgenden wird gezeigt, wie Ehlers sich in diesem Konfliktfeld in Verpflichtung auf seine kirchliche und politische Verantwortung an der Gestaltung des Kirchentags beteiligte und in Konflikt sowohl mit Adenauer wie mit Freunden der Bekennenden Kirche aus dem „Dritten Reich“ geriet.

³⁸ Heinrich Grüber, Politische Verpflichtung der Kirche heute, 6; wie auch im achtseitigen Manuskript ohne Datum, GStA PK HA VI Familienarchive und Nachlässe NI Heinrich Grüber Nr. 763. Die Überschrift einer beigelegten epd-Meldung über einen Vortrag Heinrich Grübers „Anfang Juli auf einer Pressetagung in Königswinter bei Düsseldorf“ ermöglicht, den Vortrag auf Juli 1950 zu datieren. Jörg Hildebrandt kommt auf Grüber als Bürgermeister zu sprechen. Vgl. Jörg Hildebrandt (Hg.), Bevollmächtigt zum Brückenbau. Heinrich Grüber, Judenfreund und Trümmerpropst. Erinnerungen, Predigten, Briefe, Leipzig 1991, 159 ff.

³⁹ Hermann Ehlers, Sonntagspiegel: Grenzen und Aufgaben politischer Parteien, in: Oldenburger Sonntagsblatt (künftig O. Sonntagsblatt) v. 27.05.1951.

⁴⁰ Martin Niemöller begründete seine Wahlverweigerung am 21.08.1950 im Brief an Pfarrer Ohngemach: „Solange wir [...] 2 verschiedene Regierungen (in Deutschland) haben“ verzichte er „auf die Ausübung meiner sogenannten ‚staatsbürgerlichen Rechte‘ grundsätzlich, weil ich keine Verantwortung für das übernehme, was heutzutage geschieht.“ Vgl. ZA EKHN 62/2226. Den Grund für den demokratiefeindlichen Akt des demonstrativen Wahlboykotts in der von Ehlers beschriebenen deutschen Unart sieht Matthias Schreiber darin, dass Niemöller unreflektiert „häufig aus dem Reflex“ handelte. Vgl. Matthias Schreiber, Martin Niemöller, Hamburg 1997, 111 u. 120.

III. „L'Occident chrétien n'est pas intact“ – Ideologische Deutungsmuster im Konflikt

Das Grußwort des Bundeskanzlers Adenauer zum Kirchentag lautete:

„Wir wissen, daß das Christentum, die Grundlage unserer Kultur und unserer Lebensauffassung, unlöslich mit dem Begriff des Abendlandes verbunden ist, und dass sein Bestand oder Untergang auch das Schicksal Europas bedeutet.“⁴¹

Er vereinnahmte das evangelische Laienforum in das katholisch geprägte Ideologoumenon des „christlichen Abendlandes“, demzufolge Europa der freie Westen war – gegen den entschiedenen Widerspruch vor allem aus der Bekennenden Kirche. Als Adenauer im Grußwort an den Kirchentag in Stuttgart 1952 den bedrohten „Bestand des christlichen Abendlandes“ beschwor, klärte ihn ein Artikel Gustav Heinemanns auf, dass „die Kirche Jesu Christi mit keiner Kultur untergeht, auch nicht mit der abendländischen“.⁴² Gleicher Meinung war Ehlers, der im Dezember 1950 mahnte, die angenehme westliche Lebensform nicht „durch den Begriff des ‚christlichen Abendlandes‘ zum Gegenstand des Glaubens (zu) machen.“⁴³ Er widersprach auch der Ideologie des emeritierten Bischofs von Oldenburg Wilhelm Stählin in der „Abendländischen Akademie“,⁴⁴ mit dem er als Oberkirchenrat den Neubau der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg gestaltet hatte. Eine der intellektuellen Widersprüche im Lagerdenken des Kalten Krieges war, dass die abendländische Ideologie „die auf den Schutz der klassisch-liberalen Freiheitsrechte verpflichtete Ordnung der Bundesrepublik theologisch attackierte.“⁴⁵

Die Überschrift der Bilanz des Kirchentages 1951 in „Le Monde“ „L'Eglise évangélique appelle que l' Occident chrétien n'est pas intact“⁴⁶, widersprach Adenauers Zuordnung der Veranstaltung zum „christlichen Abendland“ just mit Worten des zweiten Mannes der Bundesrepublik. Bundestagspräsident Ehlers hatte laut ‚Le Monde‘ in der Schlussversammlung im Olympiastadion über „La politique des nations“ gesprochen:

⁴¹ Mitteilung des BPA Nr. 591/ 51 vom 10. Juli 1951. Ich danke der Bibliothek des Deutschen Bundestags, dass sie mir nicht nur dieses Aktenstück und ihren großen Bücherbestand auf Veranlassung von Altpräsidenten Prof. Dr. Süssmuth zugänglich macht(e).

⁴² Gustav Heinemann, Vom Sieg der christlichen Sache, in: Die Kirche in der Zeit 7. Jg. Nr. 23, v. 24. Dezember 1952, 308 (Manuskript EZA 71/19 S. 2).

⁴³ Vgl. Ehlers' Sonntagsspiegel: Die Verantwortung evangelischer Jugend, in: O. Sonntagblatt v. 17. Dezember 1950; auch von epd am 25.12.1950 veröffentlicht.

⁴⁴ Axel Schildt erwähnt Stählins Klage über die Distanz Ehlers', mit dem er die Kirche in Oldenburg i. O. geleitet hatte, und Otto Dibelius' zur Arbeit seiner „Abendländischen Akademie“, die im August 1952 in ihrer ersten Jahrestagung „Werte und Formen des christlichen Abendlandes“ erörterte. Vgl. Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, 57; Wilhelm Stählin, Via Vitae, Kassel 1968, 174.

⁴⁵ Hermann Lübke, Säkularisierung. Geschichte eines ideenpolitischen Begriffs, Freiburg i. B. u. a. 1965, 129.

⁴⁶ Erschienen in der Rubrik „Nouvelles de l'étranger: Allemagne“ in: Le Monde v. 17. Juli 1951, 2. An gleicher Stelle hatte diese Zeitung am 13. Juli die Eröffnung des Kirchentages gemeldet. Das war die Berichterstattung über den Kirchentag im Paradeblatt des laizistischen Frankreichs.

„en affirmant que la fraternité s'affirme entre des peuples selon la manière dont on s'efforce de convaincre l'autre et selon le but que l'on propose. Ne faisons pas comme s'il y avait dans le monde un Occident chrétien intact. L'attaque vient d'une puissance qui veut mettre la main sur notre vie personnelle, sur nos enfants et sur nos maisons pour les soumettre à ses buts politiques. Maintenant la vie chrétienne dans nos maisons. Ainsi nous aurons le droit et le devoir d'opposer notre résistance si l'État et ses autorités veulent toucher aux fondements de notre vie chrétienne dans nos maisons, dans notre peuple et dans l'État.“⁴⁷

Le Monde betonte klar, dass und wie der CDU-Spitzenpolitiker Ehlers in seiner Kritik des Ostens aus dem ideologischen Lagerduktus ausscherte: Er nahm Bundesdeutsche für ein bestimmtes Verhalten in die Pflicht, das sie zu glaubwürdiger Kritik am Osten befähigen sollte. Im Gegensatz dazu waren die in antibolschewistischer Kritik verbundenen Politiker der CDU, DP, FDP und SPD für jede Unterstützung ihrer Kritik dankbar und scherten sich nicht um deren Glaubwürdigkeit. Ihre gängige aggressive Propagandasprache des Kalten Kriegs war Ehlers fremd; hörbar bezweifelte er wegen seiner empathischen Aufmerksamkeit die Glaubwürdigkeit der in diesem Sprachmuster vorgetragenen Kritik am Osten.

Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU) verkörperte am Anfang seiner politischen Karriere eine andere Haltung zum Berliner Kirchentag als Bundeskanzler Adenauer (CDU) sowie Ernst Reuters (SPD) West-Berliner Senat. Der 1904 in Schöneberg Geborene,⁴⁸ seit 1945 juristischer Oberkirchenrat in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg, Verfassungsvater der EKD, Mitglied des Bundestags seit dessen Konstituierung und auf Betreiben evangelischer Fraktionskollegen seit dem 19. Oktober 1950 dessen Präsident, war nicht an der Gründung der CDU in Oldenburg beteiligt gewesen. Erst Ehlers' eigenständige Mitwirkung am Berliner Kirchentag 1951 profilierte ihn zum Spitzenpolitiker, den der CDU-Bundesparteitag in Berlin im Oktober 1952 zum stellvertretenden CDU-Vorsitzenden machte, so dass er unbestritten als evangelischer „Kronprinz Adenauers“ galt. Er verdankte Adenauer nichts; dieser behandelte ihn insbesondere vor und nach den Bundestagswahlen 1953 mit einem Respekt, den er nach Beobachtung seines Biographen Hans-Peter Schwarz keiner anderen politischen Größe im Kabinett und der CDU zollte, welche er bei Besprechungen hin und wieder „abzuzankeln pflegte.“ Adenauers Bemühen, Ehlers einzubinden,⁴⁹ ließ dieser dann auf dem Berliner Kirchentag in aller Öffentlichkeit scheitern.

Die Leidenschaft, mit der Ehlers am Kirchentag im Osten und Westen Berlins teilnahm, stellte die Anwesenheit der wenigen Bonner Politiker in den Schatten. Der Katholik Jakob Kaiser, Minister für gesamtdeutsche Fragen (BMG), war kurz in Berlin, hat indes nach der Beobachtung Sabine Lietzmans „den Kirchentag kein einziges Mal adressiert“.⁵⁰ Dort waren nach dem Bericht des Pfarrerblatts „die großen Vorträge vielleicht das Unwesentlichste, so gut oder schlecht sie [...] waren. Wichtiger war schon die evangelistische Wirkung mancher Bibelarbeit! Entscheidend

⁴⁷ In Ehlers' deutscher Originalsprache in: *Junge Kirche* 12 (1951), 33.

⁴⁸ Vgl. Andreas Meier, Hermann Ehlers (1904–1954). Ein Christ in der Macht der Mächte, in: Wilhelm Hüffmeier (Hg.), *Protestantismus in Preußen. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. 2009, 251–276.

⁴⁹ Hans-Peter Schwarz, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952–1967*, München 1994, 32.

⁵⁰ Vgl. Sabine Lietzmann, *Im Niemandsland des Glaubens*, in: *FAZ* v. 19. Juli 1951, 2.

jedoch die Aussprachen und das Miteinander.“⁵¹ Ehlers machte mit, lebte und dachte geradezu mit Herzenslust in den „Kategorien christlichen Denkens“, in denen sich „die Aussprachen auf dem Kirchentag vollzogen.“⁵² Er teilte die Ton- und Gefühlslage ost- und westdeutscher Teilnehmer und sprach ihnen manchmal aus dem Herzen. Und sie applaudierten ihm, wie in den Tonaufnahmen des Kirchentages zu hören ist.⁵³ In seiner „präzisen sparsamen Sprache“⁵⁴ konnte er bisweilen im Gewühl des Kirchentages dessen anarchisch-spontaner Dynamik Ausdruck geben. Der stets loyale CDU-Politiker machte in der außergewöhnlichen Position in der Frontstadt unter Ost- und Westdeutschen dem katholischen „Alten“ in Bonn ohne viel Worte klar, dass er sich von ihm nicht einbinden lasse.

In Berlin begegneten sich Ehlers und seine Freunde aus dem „Kirchenkampf“ im „Dritten Reich“ um Gustav Heinemann und Martin Niemöller. Letzterer stammte wie Ehlers aus den Berliner Schülerbibelkreisen; beide saßen nach 1945 im Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche. Aus politischer Überzeugung widersprach Ehlers Heinemanns und Niemöllers Sympathie für Forderungen östlicher Regierungen. Der spätere Bundespräsident Johannes Rau, der Ehlers aus den Schülerbibelkreisen gut kannte, und 1953 von diesem trotz politischer Differenzen im Jugenddienstverlag eingestellt worden war, berichtete, dass Ehlers mit seinen politischen Mitstreitern nie ein solches Vertrauensverhältnis verband wie mit den kirchlichen Freunden: „Politisch war Hermann Ehlers einsam. Seine Freunde waren nie CDU-Leute, sondern es waren Kameraden aus den Bibelkreisen.“⁵⁵ Ehlers hat nicht nur, wie Gerhard Besier mitteilt, „das freundschaftliche Gespräch mit den Weggenossen von einst immer wieder gesucht.“⁵⁶ Schwer wog, was Besier nicht erwähnt, dass Ehlers' Bemühen ergebnislos blieb, weil die Weggenossen ihm durch ihr Verhalten die Freundschaft kommentarlos kündigten. Ein solcher Treubruch verletzt.

IV. Der „Mittwochskreis“ als „Kirchentagskreis“ im Bundestag

Ehlers war am 1. Februar 1951 zugegen, als Kirchentagspräsident Reinold von Thadden-Trieglaff Konrad Adenauer im Kanzleramt seine Unterredung mit Ministerpräsident Otto Grotewohl in Ost-Berlin am 24. Januar schilderte: In Anwesenheit von Innenminister Karl Steinhoff, der aus Herford stammend seit 1922 der SPD

⁵¹ Vgl. Hans Normann, Kurzbericht über den Kirchentag in Berlin, in: Deutsches Pfarrerblatt Nr. 15 (v. 1. August 1951), 450.

⁵² Sabine Lietzmann, Im Niemandsland (wie Anm. 50).

⁵³ Zugänglich im Film-, Funk- und Fernsehzentrum der Evangelischen Kirche im Rheinland (FFFZ), Düsseldorf – Stockum Bestand KT Nr. 1–38.

⁵⁴ Bundespräsident Johannes Rau beschrieb dem Autor am 23. Januar 2003 so die Rhetorik Ehlers'. Darüber wurde in der „Nordwestzeitung“ (NWZ) am 1. Oktober 2004 auf S. 22 (Beilage) berichtet: „Rau: Ehlers wäre die Nummer eins in der CDU geworden.“

⁵⁵ Bundespräsident Rau im genannten Gespräch.

⁵⁶ Gerhard Besier, Hermann Ehlers. Ein evangelischer Politiker zur Frage der deutschen Einheit, in: Wolfgang Huber (Hg.), Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland, München 1990, 95.

angehört und die Fusion mit der KPD begrüßt hatte, und Ministerpräsident Otto Nuschke (CDU Ost) hatte Grotewohl vorgeschlagen:

„den Kirchentag ganz in die DDR zu verlegen [...]. Er wolle in keiner Weise eine Pression ausüben. Er dachte nur daran, daß etwa Persönlichkeiten wie Niemöller und Heinemann in Ost-Berlin oder in der DDR zu Worte kämen. Die kirchlichen Vertreter versicherten ihm dies.“⁵⁷

Von Thadden-Trieglaff habe gegenüber Adenauer „vor dem Leim der russischen Propaganda“ gewarnt, notierte der vierte Anwesende, Staatssekretär Otto Lenz, der Chef des Bundeskanzleramts.⁵⁸ Man muss sich vor Augen halten, dass von Thadden-Trieglaffs Bericht im Kanzleramt ein Unikum war, weil weder der Kanzler noch einer seiner Mitarbeiter mit politisch Verantwortlichen der DDR Gespräche führte, wie sie für Kirchenfunktionäre zum Alltag gehörten. Teil der Trennung von kirchlicher und politischer Provinz in Nachkriegsdeutschland war, dass Kaisers gesamtdeutsches Ministerium nie versuchte, Informationen über kirchliche Gespräche einzuholen, was, den politischen Willen vorausgesetzt,⁵⁹ in Diskretion durchaus hätte geschehen können.

Da am 22. Februar 1951 manche West-Berliner Journalisten den „Pressetee“ von Thadden-Trieglaff mit östlichen und westlichen Redakteuren boykottierten, um mit östlichen Kollegen nicht an einem Tisch zu sitzen, berichtete von Thadden ihnen in einem vertraulichen Gespräch abends über Adenauers Reaktion am 1. Februar. Der habe sich erfreut über die Verlegung nach Berlin geäußert, aber der gewichtige Vorbehalt des Kanzlers lautete: Er könne „zu politischen Maßnahmen gezwungen sein, die eine Durchführung des Kirchentages unmöglich“ machen könnten.⁶⁰

Eine Woche nachdem der Kirchentag nach Berlin verlegt worden war, hatte Reinold von Thadden-Trieglaff in Abstimmung mit seinem Duzfreund Hermann Ehlers zwölf evangelische Bundestagsabgeordnete zu einem Gespräch über den Kirchentag in Berlin auf Dienstag, den 5. Dezember, in den Roten Salon des Bundstages eingeladen. Seit 1949 habe er erwogen, schrieb von Thadden, einen „Politischen Ausschuß“ einzurichten, „der sein dauerndes Zentrum in Bonn hat und sich aus einigen uns eng verbundenen Mitgliedern des Bundstages verschiedener politischer Parteien zusammensetzt.“ Ihm lag an sorgfältiger Auswahl der Beteiligten.⁶¹ Das entsprach Ehlers' Vorstellungen, der diesem politischen Ausschuss im Bundestag als Gesprächsforum evangelischer Abgeordneter von CDU, FDP, DP und

⁵⁷ Nach dem „vertraulichen“ Gesprächsprotokoll der kirchlichen Teilnehmer von Thadden, Propst Böhm und Propst Grüber o. D. EZA 71/884.

⁵⁸ Klaus Gotto (Hg.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953*, Düsseldorf 1989, 28.

⁵⁹ Stefan Kreuzberger fragt nicht, ob und warum das BMG die lebhaften kirchlichen inner-deutschen Kontakte nie auszuwerten versuchte. Vgl. ders., *Der Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des kalten Krieges*, Düsseldorf 2008.

⁶⁰ Dies teilte Heinrich Vockel, der Bevollmächtigte der Bundesregierung, als Gast des Gesprächs, Adenauer in einem Vermerk mit (BArch B 136/5861).

⁶¹ Brief von Thadden-Trieglaffs vom 15.11.1950 an 12 Abgeordnete (EZA 71/86/30, Az.2/6). Er erläuterte Kirchenpräsident Stempel am 23.12.1952 brieflich, dass ohne die Auswahl der Beteiligten „wir längst von einem unübersehbaren Publikum von Interessenten überschwemmt wären.“ (EZA ebd.)

SPD ohne Beschlusszwang mit gelegentlicher Beteiligung kirchlicher Mitarbeiter einen Platz einräumte.⁶² Am 5. Dezember stießen der EKD-Beauftragte bei der Bundesregierung, Superintendent Hermann Kunst, Klaus von Bismarck und der Redakteur des evangelischen Pressedienstes (epd) Karl Lohmann dazu; man kam überein, sich künftig mittwochs zu treffen. Die Warnung Hans-Joachim von Merkatz' (DP) faßte die Vorbehalte vieler zusammen: Niemöller könne ebensowenig wie Heinemann auf dem Kirchentag in Berlin herausgestellt werden, weil er einen „politischen Kampf“ betreibe. Sofort griff Hermann Ehlers ein: „Ernstnehmen anderer gebundener Gewissen“ müsse Grundlage aller Auseinandersetzungen sein – auch mit Martin Niemöller, dessen politische Position er nicht teile:

„Ich glaube nach m(einer) christlichen Überzeugung, daß es nicht geraten ist, Waffen zu nehmen [...]. Es muß möglich sein, so zu reden, daß es der Osten nicht so billig hat, es propagandistisch zu verarbeiten.“⁶³

Anwesend war auch Eugen Gerstenmaier, der Niemöllers Aussagen im Interview mit dem „New York Herald Tribune“ vom 14. Dezember 1949 „unglaublich“ genannt hatte. Darauf hatte Ehlers zu Jahresbeginn 1950 in der Kirchenzeitung „Oldenburger Sonntagsblatt“ geschrieben, sein Parteifreund Eugen Gerstenmaier, der ein „Mann der Kirche“ sei, habe „Überflüssiges“⁶⁴ geschrieben. Als die CDU-Fraktion Ehlers im Herbst 1950 Gerstenmaier als zweiten Bundestagspräsident vorzog, standen sich im Urteil über Niemöller zwei politische Rivalen gegenüber. Vor der zweiten Sitzung des Mittwochskreises am Mittwoch, den 31. Januar 1951, sorgte sich Ehlers, „weil er fürchte(te), Gerstenmaier würde alles an sich reißen“, notierte Hansjörg Ranke, der Mitarbeiter der Bonner Außenstelle der EKD, nach einem Telephonat mit Ehlers. „Wir werden uns also darauf gefaßt machen, den Bruder einzuklammern.“⁶⁵

Ehlers' „Mittwochskreis“ war ähnlich und mit Aufgaben konzipiert, wie sie die Bundesregierung durch den 2001 beziehungsweise 2007 eingerichteten Ethikrat auf außerparlamentarische Schultern verlagerte: Ein Gremium mit der Aufgabe, nicht Beschlüsse zu fassen, sondern im gegenseitigen Respekt, in ständiger Verpflichtung auf die gemeinsamen moralischen Überzeugungen in der Verfassungsordnung, durch ernsthafte Erörterung Dissense als „rationale Dissense“ verständlich zu machen und so einen respektvollen Umgang damit zu ermöglichen.⁶⁶ Der Kreis endete mit Ehlers' frühem Tod 1954⁶⁷. Kein anderer Abgeordneter hat(te) die Fähigkeit, die

⁶² Vgl. zum Mittwochskreis Andreas Meier, Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bonn 1991, 376 ff.

⁶³ Nach der handschriftlichen Notizen des Generalsekretärs O.-H. Ehlers EZA 71/1149; Dirk Palm, ‚Wir sind doch Brüder‘ (wie Anm. 3), hier 98 nach der alten Signatur EZA 7/86/30.

⁶⁴ Ehlers', Sonntagspiegel, in: O. Sonntagsblatt v. 8. Januar 1950. Der Wortlaut des Interviews steht im Deutschen Pfarrerblatt 50.4 (1950), 115.

⁶⁵ Vgl. Aktenvermerk Rankes vom 29. Januar 1951 (EZA 71/86/30).

⁶⁶ Horst Dreier machte mich darauf aufmerksam, dass Wolfgang van den Daele die Aufgaben der Ethikkommissionen so beschreibt. Vgl. Wolfgang van Daele, Streitkultur. Über den Umgang mit unlösbaren moralischen Konflikten im Nationalen Ethikrat, in: Horst Dreier u. a. (Hg.), Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit, Berlin 2008, 357–386, hier 365.

⁶⁷ Dirk Palm, ‚Wir sind doch Brüder!‘ (wie Anm. 3), 97.

Kraft und den Willen, die Autorität wie der Christ Hermann Ehlers im Parlament einen Gesprächskreis evangelischer Abgeordneter zu erhalten.

V. Politikum – Der Evangelische Kirchentag 1951 in der Viersektorenstadt

Am 12. Mai 1951 überbrachte der 1949 in den Westen geflohene Finanzminister von Sachsen – Anhalt Richard Konisch als Referent im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) die Forderung ins Amt des EKD – Bevollmächtigten bei der Bundesregierung, dass weder Niemöller noch Heinemann an hervorragender Stelle im Kirchentag auftreten dürften. Durch „höhere Diplomatie“ erreichte von Thadden-Trieglaff, dass auch Ehlers neben Niemöller, Heinemann und Heinrich Grüber, EKD-Bevollmächtigter bei der DDR-Regierung, auf der Männerversammlung sprach und dass so offenkundig „das ganze Deutschland hier zu Wort käme.“⁶⁸

Einladungen des Kirchentagspräsidiums „zum Empfang anlässlich der Eröffnung des Kirchentages in der Marienkirche“ gingen im Mai auch an politische Würdenträger. Bundespräsident Heuß und Frau Gemahlin steht in der Liste vor den Bundesministern, gefolgt von der Sowjetischen Kontrollkommission (S.K.K.), Staatspräsident Pieck und „Ministern und Amtsträgern der DDR und des Demokratischen Sektors“, und dem Religious Affairs Branch des Office of the U.S. High Commissioner for Germany (HICOG).

Das Bundeskabinett nahm sich des Kirchentags im Juli an. Der am 5. Juli mit der Vertretung der Regierung auf dem Kirchentag betraute Minister Heinrich Hellwege (DP)⁶⁹, im „Dritten Reich“ Mitglied der Bekennenden Kirche, lehnte die Teilnahme von Ministern an Veranstaltungen im sowjetischen Sektor Berlins ab.⁷⁰ Kein Minister überprüfte die Mitteilung, daß „der überwiegende Teil der Veranstaltungen“ im Ostsektor stattfände⁷¹. Am Folgetag stellte Ehlers als Gast des Kabinetts klar: „Die Veranstaltungen seien – mit einer Ausnahme – gleichmäßig auf den Ostsektor und die Westsektoren verteilt“. Die Regierung müsse geschickt auf die ausgetüftelten Propagandataktiken der Ostzonenregierung reagieren: „Das Gleichgewicht könne nur aufrechtgehalten werden, wenn neben Vertretern der Ostzonenregierung auch Vertreter der Bundesregierung schon an der Eröffnungsfeier in der im Ostsektor gelegenen Marienkirche teilnehmen. Die Veranstaltung trage rein kirchlichen Charakter, in der nur kirchliche Vertreter zu Wort kämen. Er werde wahrscheinlich selbst in seiner kirchlichen Eigenschaft teilnehmen. Wenn die Bundesregierung nur

⁶⁸ Vgl. Brief Grübers an Niemöller vom 11. Juni 1951 (EKHN 62 Akz N 1116) und Aktenvermerk über das Telefongespräch, das von Thadden-Trieglaff mit Niemöller am 25. Juni 1951 führte (EZA 71/86/546). Sigurk Rink erwähnt weder die innerkirchliche Diplomatie noch Grübers Korrespondenz mit Ehlers in ders., *Der Bevollmächtigte. Propst Grüber und die Regierung der DDR*, Stuttgart 1996.

⁶⁹ Vgl. 158. Sitzung des Bundeskabinetts, in: *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, hg. v. Hans Booms, bearb. v. Ursula Hüllbüsch, Boppard a. Rh. 1988, Bd. 4: 1951, 517.

⁷⁰ Hellweges Brief an Kanzler Adenauer vom 6. Juli 1951 (BArch B 136/5861).

⁷¹ Vgl. 159. Sitzung des Bundeskabinetts, in: *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung* (wie Anm. 69), 523.

am Ende der Tagung teilnehme, würde sie wegen des Massencharakters der Kundgebung (im westlichen Olympiastadion) zu wenig ins Auge fallen.“⁷² Nachdem Ehlers sich beim Leiter des Ortsausschusses des Kirchentages, Propst Hans Adolf Böhm, erkundigt hatte, informierte er tags drauf über Minister Kaiser das Kabinett: Entgegen der Forderung des Staatssekretärs von Pieck, dass dieser am Eingang der Marienkirche empfangen und durch den Mittelgang geleitet werde, „werden sämtliche Ehrengäste durch den Sakristeieingang ohne besondere Förmlichkeiten in die Kirche geführt.“ Folgende Sitzordnung sei vorgesehen: Böhm, Grotewohl, Niemöller, Dieckmann, von Thadden, Pieck, Generalsekretär Ehlers, Hannovers Landesbischof Hanns Lilje, Bundesminister, Quatz. Böhm wolle mit folgenden Worten seine Begrüßungsansprache beginnen: „Liebe Brüder und Schwestern, meine Damen und Herren“ also ohne Nennung eines Namens oder einer Persönlichkeit. Es werden sämtliche Kirchenvertreter und Bischöfe wie die Vertreter des Staates ohne Namensnennung begrüßt: Staatspräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Vertreter des Herrn Bundespräsidenten, Vertreter der Bundesregierung, Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ostmagistrat, Senat von Berlin.“⁷³

Ehlers war, um der Situation gerecht zu werden, in die Rolle eines Diplomaten geschlüpft und gebrauchte dabei Begriffe, die er in Westdeutschland wie die meisten westdeutschen Politiker und Zeitungen durchaus mied, so „DDR“ statt „Ostzone“ oder „SBZ“. Auch sein Brief an den Präsidenten der Volkskammer, Johannes Dieckmann, war an das „Präsidium der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“ gerichtet und begann mit „Sehr geehrter Herr Dieckmann“⁷⁴, während Dieckmann dem „Sehr geehrten Herrn Präsidenten (Ehlers)“ geschrieben hatte. Die persönliche Anrede Ehlers' stellte den politischen Kontakt mit dem politischen Repräsentanten der DDR auf eine menschliche Ebene und vermied so die von Adenauer befürchtete politisch deutbare Anerkennung.

Obwohl die Bundesregierung durch Verweigerung der offiziellen Amtsbezeichnungen der Gastgeber Gefahr lief, wegen der Mißachtung diplomatischer Regeln formal den Kirchentagsboykott durch die DDR zu rechtfertigen, verweigerten die meisten Minister mit Adenauer das diplomatische Rollenspiel: „Das Kabinett ist der Meinung, daß eine solche Begrüßung nicht tragbar sei. Sie sollte sich auf den kirchlichen Bereich beschränken.“⁷⁵ Dass sich drei FDP-Minister, nämlich Eberhard Wildermuth (für Wohnungsbau), Franz Blücher, der Stellvertreter des Bundeskanzlers, und Thomas Dehler (Justizminister), „für eine Vertretung der Bundesregierung an der Ostberliner Veranstaltung aussprachen“,⁷⁶ blieb ohne öffentliche Resonanz.

Ehlers fuhr anders als die drei FDP-Minister nach Berlin, saß in der Marienkirche bei der Eröffnungsveranstaltung, welche „Bonner und WestBerliner Behörden

⁷² Vgl. 159. Sitzung des Bundeskabinetts, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung (wie Anm. 69), 524.

⁷³ Vgl. Brief Ehlers' an Bundesminister Kaiser vom 7. Juli 1951 (BArch B136/5761).

⁷⁴ Der Brief vom 24. Januar 1951 ist abgedruckt in: Junge Kirche 12.4 (1951), 89f.

⁷⁵ 159. Sitzung des Bundeskabinetts, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung (wie Anm. 69), Bd. 4, 524.

⁷⁶ 159. Sitzung des Bundeskabinetts, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung (wie Anm. 69), Bd. 4, 524

schmollend mieden“,⁷⁷ neben Kultussenator Joachim Tiburtius (CDU) als Synodaler. Die „Neue Zeit“ (NZ) der Ost-CDU registrierte als weitere West-Berliner Politiker den Bürgermeister des Bezirks Wilmersdorf Ottomar Batzel (CDU) und Ferdinand Friedensburg.⁷⁸ Der US-Kommissar John Jay McCloy war erbost über die Abwesenheit der westlichen Politiker. Er wünschte, dass „die Politiker des Westens sich für den Kirchentag mindestens in derselben Weise einsetzen sollten, wie das bisher von Seiten des Ostens der Fall war.“⁷⁹ An anderer Stelle soll geklärt werden, ob der Hohe Kommissar auf Weisung des Präsidenten der USA, Harry Truman, die westdeutschen Politiker kritisierte, die wie Adenauer dem Kirchentag fern blieben. Eine entsprechende Anweisung aus dem Weißen Haus ist zu vermuten, weil der Demokrat Truman – wie nach ihm der Republikaner Eisenhower – durch die Allianz mit einem ökumenischen Bündnis von Religionsführern möglichst vieler Religionsgemeinschaften das westliche Lager in der Balance der Kräfte mit dem Osten stärken und diesen unterlaufen wollte,⁸⁰ Unbeeindruckt von dieser Strategie des US-Präsidenten und dem Protest McCloy's stellte indessen Adenauer auf Fragen von Chefredakteuren fest, dass „ein Minister sich nicht in die letzte Bank setzen darf, wenn Pieck in der ersten Reihe sitzt.“⁸¹ Genauso dachte der SPD-Vorsitzende in Berlin Franz Neumann, der nicht in die Marienkirche kam, „da sie im unfreien Sektor Berlins liegt.“⁸²

Ehlers' angekündigte Anwesenheit in der Marienkirche liegt auf der Linie seiner im Kabinett geäußerten Kritik. Und seine publizistischen Rückblicke auf den Kirchentag kritisierten fein und scharf:

„Hunderttausende von Menschen aus der Ostzone haben es nicht als Beweis der Stärke der Bundesregierung und des Senats von Berlin empfunden, daß sie bei der völlig korrekt verlaufenden Eröffnungsfeier in der Marienkirche das Feld Pieck und seinen Leuten überließen.“⁸³

Indem er die Arbeit einer Organisation der DDR „völlig korrekt“ und die Abwesenheit der Bundesminister Zeichen der Schwäche nannte, brach Ehlers unverblümt mit den Sprachritualen des Kalten Kriegs. Nach Meinung von dessen Protagonisten hatte

⁷⁷ Sabine Lietzmann, Im Niemandsland des Glaubens (wie Anm. 50), 2.

⁷⁸ Vgl. NZ Nr. 159 (v. 13. Juli 1951), 1. „Bonner Spalterpolitik auch beim Kirchentag“, Friedensburg, Mitbegründer der CDU in Berlin, hatte freilich seit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 3. Dezember 1950 kein Amt im Senat mehr inne.

⁷⁹ FAZ v. 11. Juli 1951, 3: „McCloy besucht von Thadden“.

⁸⁰ Vgl. Dianne Kirby, Harry Truman's Religious Legacy: The Holy Alliance, Containment and the Cold War, in: dies. (Hg.), Religion and the Cold War, New York 2003, 77–102. Kirby sieht Trumans Konzeption staatlich-kirchlicher Zusammenarbeit in der Allianz Ronald Reagans mit dem Papst fortgesetzt. Weiter führt die Beobachtung des Theologen Reinhold Niebuhr, dass die von einem demokratischen (Truman) und republikanischen Präsidenten (Eisenhower) gemeinsam verfolgte Politik im Rückblick auf Woodrow Wilson Eigentümlichkeiten politischen Denkens in den USA erkennen lasse. „When an idealistic democratic internationalist with an academic background (Woodrow Wilson) proves to have similarities with a current Republican President with a military background, one may justifiably surmise, that the common elements they share are prompted by something in the national situation. We are 'idealistic' enough to feel responsible, powerful enough to feel frustration when the power does not solve all problems.“ Vgl. Reinhold Niebuhr, The Eisenhower Doctrine, in: The New Leader v. 4. Februar 1954, 10.

⁸¹ Konrad Adenauer, Gespräch am 13. Juli 1951, in: Teegespräche 1950–1954, Berlin 1984, 110.

⁸² FAZ v. 13. Juli 1951, 1: „Starke Beteiligung am Kirchentag“.

⁸³ Hermann Ehlers, Zwischen Pankow und Bonn, in: Kirche und Mann 8 (1951), 4.

Ehlers durch die Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung die DDR anerkannt. Der freilich konterte:

„Dadurch, daß ich mit Pieck zusammen in der Marienkirche gewesen bin, habe ich weder ihn noch sein Regime anerkannt.“⁸⁴

Ehlers' Arbeit im Bundestag wurde durch den Kirchentag nicht unterbrochen. Am 11. Juli eröffnete er die 160. Sitzung um neun Uhr und überließ Vizepräsident Schäfer in der Mittagszeit das Präsidentenamt, um pünktlich um 16 Uhr in der Marienkirche sein zu können. Abends ging es nach Bonn zurück, wo er am 12. Juli die 161. Sitzung eröffnete – mit der Kirchentagsplakette an der Brust. Mittags flog er wieder nach Berlin.⁸⁵

Da Ehlers Teil des Kirchentags gewesen war, lag ihm automatisch daran, dass die dort erlebte Gemeinsamkeit fortbestand. Ihm gelang es, sich in seiner Gesprächs-offenheit auf dem Kirchentag trotz eindeutiger Stellungnahmen nie politisch zu kompromittieren. Er instrumentalisierte den Kirchentag nicht als Unterstützung parteipolitischer Forderungen. „Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen jede Haß-propaganda“ – in Ost und West.⁸⁶

„Als ein Mann, der im Westen auch ein Amt hat, sage ich das mit vollem Bewußtsein: Wir wollen den Frieden und wir wollen gemeinsam beten: ‚Laß uns Deine Herrlichkeit ferner sehen in dieser Zeit und mit unserer letzten Kraft üben gute Ritterschaft. Herr, erbarme Dich.‘“

VI. Ehlers' verantwortungsethische Kompromissbereitschaft

Ehlers in zwei gegensätzliche „Mentalitäten“ aufzuspalten und zu behaupten, im Kirchentag habe die kirchliche über die politische Mentalität gesiegt,⁸⁷ erklärt nichts, weil die Prämissen fragwürdig sind: Was macht „die Mentalität“ eines Politikers und eines Kirchenmanns aus, können diese autonom bestehen? Ehlers hatte in kirchlicher und politischer Provinz Verpflichtungen übernommen, er musste und wollte der jeweiligen Verantwortung gerecht werden. Wie Ehlers verschiedene Präferenzordnungen zu verfolgen, ist nach der Beobachtung Albert O. Hirschmans gar nicht außergewöhnlich,⁸⁸ wiewohl die Nachkriegslage mit ihren Zwängen es sicher erschwert haben dürfte, unterschiedlichen Präferenzordnungen je sachgerecht zu genügen. Jedenfalls fiel auf dem weltweit beobachteten Kirchentag Ehlers' Empathie bei

⁸⁴ Vgl. Bremer Nachrichten Nr. 172 (v. 28.7.1951), 2; „Nicht um Politik“.

⁸⁵ Siehe die Stenographische Mitschrift der 160. und 161. Sitzung der ersten Wahlperiode des Bundestages, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages /Stenographische Berichte, Bd. 8: Erste Wahlperiode 1949–1953, Bonn o. J., Sp. 6408, 6421, 6498. Stammer berichtet, dass Ehlers im Bundestag die Kirchentagsplakette trug. Vgl. Eberhard Stammer, Das politische Abenteuer, in: Neue Furche 5 (1951), 542.

⁸⁶ Der Schluss der epd-Meldung lautet: „Wir im Westen wollen den Frieden! Glaubenszeugnisse auf dem Berliner Kirchentag.“ Vgl. O. Sonntagblatt v. 29. Juli 1951; das zweite Zitat stammt aus dem Berichtsheft des Kirchentages 1951, hg. v. Hellmut Reitzenstein, Stuttgart o. J., 37.

⁸⁷ Vgl. Palm, „Wir sind doch Brüder“ (wie Anm. 3), 98.

⁸⁸ Albert O. Hirschman, Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt a. M. 1984, 29.

seiner hohen Verantwortung als Bundestagspräsident auf. Als Verfassungsvater und Synodaler der EKD, als Ratsherr in Oldenburg und als ohne Bezüge beurlaubter aktiver Oberkirchenrat – im April hatte er in der Landessynode den Haushalt eingebracht⁸⁹ – als Herausgeber der „Jungen Kirche“ und als Ehemann, der sich als frisch gewählter Oberkirchenrat einer lutherischen Landeskirche vom reformierten Pfarrer Udo Smidt mit Jutta Taubert hatte trauen lassen, inkarnierte er kompromissbereite Offenheit für irdische Zwischenlösungen. Wie Zwischenlösungen für Ehlers als „Atempausen“ praxismäßig Umgang mit Problemen ermöglichen können, zeigte innerkirchlich unmittelbar nach dem Kirchentag sein Votum im Streit über die Kirchensteuer.⁹⁰

Die Einrichtung eines Gesprächsforums evangelischer Abgeordneter zur Abstimmung auch widersprüchlicher christlicher Impulse im „Mittwochskreis“ illustriert, was Ehlers in der Schlussversammlung des Kirchentages forderte. Im Kampf gegen die kommunistische Diktaturwelt erwartete er Erfolge nur von glaubwürdigen Mitkämpfern. Er adressierte im Schlussforum des Berliner Kirchentags die Öffentlichkeit mit keiner Maxime einer christlichen Binnenmoral. Er wird gewusst haben, dass seine verantwortungsethische Erwartung der Glaubwürdigkeit von Kritikern des Kommunismus als implizite innenpolitische Kritik eine Gratwanderung war, weil sie sich markant von der gesinnungsethisch – evangelistischen Grundstimmung des Kirchentages abhob. Signifikant ist diese Stimmung in den dort inszenierten, oft unangekündigten „wilden“ Verkündigungsspielen nicht nur der „Vaganten“⁹¹, deren Gründer Horsternst Behrendt Ehlers aus den Schülerbibelkreisen in Berlin kannte.

⁸⁹ Mitteilung in: Junge Kirche 12 (1951), 309.

⁹⁰ Ein Beispiel für Ehlers' Umdenken ist sein Umgang mit der Kirchensteuer. Beim Neuaufbau der Kirchen 1947/1948 scheute er wie andere Mitglieder der Bekennenden Kirche, sich als „Totengräber der Kirchen“ für staatlich eingezogene Kirchensteuer einzusetzen, weil eine solche Kirchensteuer kein geistliches Opfer sei. Ehlers war erzürnt über diese „Totengräber der Kirche.“ Vgl. so Wilhelm Stählin, *Via Vitae* (wie Anm. 44), 452. Aus demselben Grund verurteilte 1951 Pastor Hermann Pleus aus Westerstede in einem Synodalvortrag die Kirchensteuer. Er erschien in Junge Kirche, die nicht angab, dass es sich um einen Synodalvortrag handelte. Vgl. Junge Kirche 12 (1951), 403–409: „Die Kirchensteuer als geistliches Opfer.“ Pleus warb für „Hauskollekten“ und „seelsorgerliche Gespräche“ (405f.) mit denen, die Steuerermäßigung wünschen. Gegebenenfalls müsse der Kirchenrat feststellen, dass der, welcher „gar nicht innerlich zur Kirche gehört [...], sich von der Gemeinschaft der Kirche geschieden hat.“ (406) Pleus plädierte für „Freiwilligkeitskirchen.“ Ehlers überschrieb seine Replik „Theorie und Praxis in der Kirchensteuer.“ Vgl. das Septemberheft der Jungen Kirche 12 (1951), 517–520. „Im Eindruck der Praxis“ (518) verwies er auf die Erfahrung der einzigen Landeskirche, die auf den staatlichen Kirchensteuereinzug verzichtet hatte. Bei der württembergischen Landeskirche habe der Verzicht am 1. Juni 1951 zu Steuerrückständen in einer Höhe von „sieben Millionen DM“ (518) geführt. Die geforderte Einrichtung von Freiwilligkeitskirchen führe nach dieser praktischen Erfahrung dazu, „Stellen aufzuheben, Kirchen zu schließen, Pfarrer zu entlassen“ (519). Aber „selbstsüchtig, faul und bequem“ sei, wer sich mit dem Kirchensteuereinzug zufrieden gibt. Dieser Einzug war für Ehlers „eine uns gegebene finanzielle Atempause, die wir dazu nutzen sollten, gründliche Gedanken darüber zu entwickeln, wie es morgen oder übermorgen sein könnte, wenn die Kirche ihr Geld wirklich ihrem Wesen nach erhält und verwendet“ (520).

⁹¹ Das Pfarrerberblatt beschrieb die evangelistische Kirchentagsstimmung (vgl. Anm. 47). Das Kirchentagsprogramm nennt zwei Aufführungen der vom Bibelkreiser Horsternst Behrendt und dem Autor des Theaterstückes „Zeichen des Jona“ (1947) Günter Rutenborn gegründeten christlichen Laien-truppe der „Vaganten“, die 1951 „Probe mit Pilatus“ von Günter Rutenborn, „Paulus“ von Richard Hebing, „Der Mann am Strick“ von Armand Payot und „Bettler unter der Treppe“ von

1940 und 1941 hatten sie gemeinsam im Evangelischen Verlag Hermann Werner Nachf. das Losungsheft für das jeweilige Jahr herausgegeben.

Der belesene Oberkirchenrat und Bundestagspräsident nutzte bei dieser Gratwanderung Argumente, die Max Webers Überlegungen zu den Möglichkeiten objektiver wissenschaftlicher rationaler „Wertungsdiskussionen“ ähneln:

„Die wissenschaftliche Behandlung der Werturteile möchte die gewollten Zwecke und die ihnen zugrundeliegenden Ideale[...] auch kritisch ‚beurteilen‘ lehren. Diese Kritik kann [...] eine Prüfung der Ideale an dem Postulat der inneren Widerspruchslosigkeit des Gewollten sein. Sie kann [...] dem Wollenden verhelfen zur Selbstbesinnung auf diejenigen letzten Axiome, welche dem Inhalt seines Wollens zugrunde liegen.“⁹²

Horst Dreier sieht hier Webers Unterscheidung von „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“ wiederholt.⁹³

Zu Ehlers' Verantwortungsethik und seinem Sinn für Zwischenlösungen gehörte, dass ihm der Widerwille gegenüber Kompromissen fremd war Er genügte der Maxime des Kompromissprotagonisten Avishai Margalit, im Einsatz für Frieden und Freiheit um der Gemeinsamkeit mit dem Gegner willen, Ideale und Programme als Prioritäten kompromissfähig zurücktreten zu lassen.⁹⁴ Wie Ehlers sich in den eher kompromissunwilligen und -feindlichen kirchlichen und politischen Lagern keineswegs bedingungslos für Kompromisse stark machte, wird zusammengefasst, um die Auseinandersetzungen erklären zu können, in die Matadoren der „Bekennenden Kirche“ ihn und von Thadden-Trieglaff im Kirchentag verwickelten.

Unvorstellbar waren für Ehlers 1951 Kompromisse mit den Machthabern in der DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit, weil „ich von denen zu wissen glaube, was sie um ihrer Ideologie ausrichten müssen, nicht die deutsche Einheit ist.“⁹⁵ Er würdigte in Bad Boll den „Kompromiß als politische Tugend“, als er am 9. November 1951 das „Gespräch am Wochenende für die Studenten der Stuttgarter Hochschulen“ eröffnete. Wider „die instinktive Abwehr gegen den Kompromiß“ schilderte er den Sinn der Kompromisse. Wenn er als Beispiel für die „instinktive Abwehr“ neben „politischem Radikalismus jeder Art“ den Wandervogel nannte, sprach er, ohne es zu

Bernd von Heiseler aufführten. Vgl. zu den inszenierten Stücken Rutenborns das „Günter Rutenborn Archiv“ in der Berliner Akademie der Künste. Eines der vielen „wilden“ im Programm nicht angekündigten „Verkündigungsspiele“ stammte vom Berliner Oberstufenschüler Achim Gering „Amos. Ein biblisches Spiel“. Wo im Manuskript des nie gedruckten und später rund 150 Mal in Ost- und Westdeutschland inszenierten Stück „heute“ steht, nennen die Schauspieler den Tag der Aufführung. Die Zuschauer sind als Volk Israel einbezogen. So wie dieses den Untergang des biblischen Israel verschuldete, verstrickte der Untergang des „Dritten Reich“ Deutsche in Schuld, die den Neuaufbau Deutschlands behinderte. Dirk Palm, ‚Wir sind doch Brüder‘ (wie Anm. 3), erwähnt die Kirchentagsveranstaltungen nicht. Achim Giering beschreibt, wie die SED die Verkündigungsspiele wegen Unruhe stiftender Wirkungen zu verhindern suchte. Vgl. Achim Giering, Die DDR-Veranstaltungsverordnung als kirchenpolitisches Instrument, Berlin 2003.

⁹² Max Weber, Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen 1982, 151.

⁹³ Vgl. Horst Dreier, Max Webers Postulat der Wertfreiheit in der Wissenschaft und Politik, in: ders./Dieter Willoweit (Hgg.), Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010, 69.

⁹⁴ Vgl. Avishai Margalit, Über Kompromisse und faule Kompromisse, Berlin 2011, 14 beschreibt derart Kompromisswillen.

⁹⁵ Dies sagte Ehlers am 17. Juni 1951 in Düsseldorf, General-Anzeiger, 18. Juni 1951.

erwähnen, aus Erfahrung, weil er als Oberrealschüler in Steglitz, wo die Wandervogelbewegung 1896 entstand, und Student in Berlin und Bonn begeisterter Anhänger der bündisch formierten Schülerbibelkreise gewesen war, in denen Kompromisse im Verdacht eigener Unentschlossenheit standen.⁹⁶ Seine Kritik an der Kompromissunwilligkeit der Jugendbewegung 1951 unterschied Ehlers von Jahrgangsgenossen der Jugendbewegung, welche die idealistisch gestimmte Bewegung oft in Schutz nahmen.⁹⁷

„Grenzen der Kompromisse innerhalb eines Volkes“ seien zu achten, forderte Ehlers, nämlich „der Bestand des Staates, die Freiheit seiner Bürger, die Aufrechterhaltung der Lebensmöglichkeit für alle und der Zusammenstoß mit dem Glauben der Kirche (Apg.5).“ Weltpolitisch rechtfertigte er „zeitlich begrenzte Lösungen“, etwa die „Notwendigkeit, sich in der politischen Verantwortung damit zu begnügen, „ein Zwischenziel zu erreichen“ – wie SPD Politiker in der Weimarer Republik, die Ehlers im Bundestag am 8. Februar 1952 lobend aufzählte.⁹⁸ Folglich „ist die Einheit (Deutschlands) notgedrungen zeitlich suspendiert, weil eine Einheit, die die Freiheit opfert, irreparabel ist“. Hohe Erwartungen richtete er an die Kompromißfähigkeit der Christen, die „noch wesentlich mehr als andere Menschen gerufen sind, aufeinander zu hören und sich in ihren Meinungen durch das Wort des Bruders in Frage stellen zu lassen“. Allerdings, räumte er im März 1951 ein, „gibt es auch im öffentlichen Leben genug Dinge, in denen es für den Christen nur eine Entscheidung geben kann.“⁹⁹ Ob ihn die Scherereien überraschten, in die kompromisslose christliche Führungsgestalten nicht nur ihn beim Berliner Kirchentag verwickelten? Wir wissen es nicht.

VII. Hans-Joachim Iwands und Martin Niemöllers Widerspruch in Glaubensurteilen

Keine Kompromissbereitschaft zeigte auf dem Kirchentag die Lichtgestalt des deutschen Nachkriegsprotestantismus, Kirchenpräsident Martin Niemöller. Im Januar 1951 hatte ihn das politische Magazin „Der SPIEGEL“ als Freikorpsführer beschrieben, der „Flammen mit Benzin löschen wollte.“¹⁰⁰ Er begann in Berlin mit der Demontage Reinold von Thadden-Trieglaffs und Hermann Ehlers, die den „Mittwochskreis“ als Gremium der Verantwortungsethik initiiert hatten.

Der Westfale hintertrieb die Absicht des Kirchentagspräsidiums, auf dem Mänertag des Berliner Kirchentags im Walter Ulbricht Stadion neben Grüber und Niemöller Ehlers sprechen zu lassen. Kleinlich monierte er, dass Ehlers nach dem

⁹⁶ In diesen Argumentationsgängen meinte Ehlers 1930, dass „es nur in einem christlichen Staat möglich sein wird, Interessengegensätze auszugleichen“, weil in ihm keine unterschiedlichen Überzeugungen kompromißbedürftig aufeinander prallten. (Ehlers, Innere Voraussetzungen einer Kameradschaft der Arbeit, in: „Der Tag“ v. 11. Dezember 1930). Ehlers' Manuskript „Kompromiß als politische Tugend“ vom 9. November 1951 liegt ACDP I-369 16/1.

⁹⁷ Walter Laqueur, Jugendbewegung, in: Der Monat 12 (1960), 51.

⁹⁸ Vgl. die stenographischen Mitschriften zur 191. Sitzung, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages (wie Anm. 85), Bd. 10: 1949–1953, Sp. 8216f.; das folgende Zitat *ibid.*, Sp. 8218.

⁹⁹ Hermann Ehlers, Sonntagsspiegel: Nach fünf Jahren, in: O. Sonntagblatt Nr. 12 (5. März 1951).

¹⁰⁰ Vgl. Der Spiegel v. 17. Januar 1951, 11.

Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. Juli bei der Eröffnungsveranstaltung in der Marienkirche als einziger „unmittelbar nach Eintritt der Bischöfe sich setzte“, als DDR-Präsident Pieck einzog. Das ist ein Beispiel provinzieller Urteile, die in einer Provinz über Geschehen in einer anderen gefällt werden. Ehlers' Erwiderung verwies auf die vom Kirchenpräsidenten übergangene Regelung der Souveränität. Er habe „keine Veranlassung gesehen, länger stehen zu bleiben und abzuwarten, [...] zumal [...] Herr Pieck [...] nicht einmal formell Staatsoberhaupt der Stadt ist, in der der Kirchentag stattfand.“¹⁰¹ 1952 wurde Niemöller deutlich und verlangte von Ehlers, sich nicht am Kirchentag in Stuttgart zu beteiligen.¹⁰²

Ehlers' Duzfreund aus der Bekennenden Kirche Niemöller störte sich nicht nur an Ehlers, er verweigerte dem Präsidenten des Kirchentags, von Thadden-Trieglaff vor dem Kirchentag in Stuttgart mit „einer Flut von beleidigenden Anwürfen in aller Form den Brudernamen.“¹⁰³ Grund für diese verletzend-beleidigenden Handlungen Niemöllers war die verantwortungsethische Einstellung Ehlers' wie von Thadden-Trieglaffs, ihre Kompromissbereitschaft in kirchlicher und politischer Provinz.¹⁰⁴

Es war wohl kein Zufall, dass von Thadden-Trieglaff ausgerechnet Ehlers von Niemöllers Grobheiten berichtete. Er wisse nach dem Gespräch mit Niemöller „nicht mehr“, schrieb er Ehlers, „wie ich mich dieser Situation gegenüber verhalten soll. Die Weltmenschen vor dreißig Jahren hätten gewusst, was man in solchen Fällen tut.“ Er bezog sich darauf, dass er als Student im Kaiserreich eine Duellforderung verweigert hatte, weil für ihn christlicher Glaube und standesrechtliche Duellgepflogenheit unvereinbar waren. Er wurde deshalb gesellschaftlich in einem Maße verunglimpft, dass seine Berufspläne in Gefahr gerieten.¹⁰⁵ Von Thadden-Trieglaffs biographische Erfahrung verstärkte die verbreitete Empfindung der brüderlichen christlichen Gemeinschaft als autonome gesellschaftliche Gegenwelt. In seiner Ratlosigkeit über das unerträgliche Verhalten des Bruders Niemöller wird von Thadden-Trieglaff aufgegangen sein, dass die Konzeption der brüderlichen Gegenwelt Mängel zeigte, unglaubwürdig war. Denn zum einen schloss sie mitnichten aus, dass ihre Mitglieder untereinander unerträglich handeln. Zum anderen gestanden sich ihre Mitglieder dies Manko nicht ein und sorgten deshalb nicht für Regeln, mit Unerträglichkeiten

¹⁰¹ Artikel der Süddeutschen Zeitung Nr. 160 (v. 15.07.1952), 4: „Einheit des Glaubens am Schnittpunkt zweier Welten“. Vgl. auch den Brief Ehlers' in: Hermann Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950–1954, hg. v. Karl Dietrich Erdmann, Boppard a. Rh. 1991, 413f.

¹⁰² Dies wird in Ehlers' Brief an Wilhelm Niemöller erwähnt. Vgl. Ehlers, Reden, Aufsätze (wie Anm. 101), 528.

¹⁰³ Dies wird berichtet von Thadden. Vgl. Ehlers im Brief vom 22. August 1952 (ACDP I-369 Nr. 19).

¹⁰⁴ Es gab keinen Grund, an den brüderlichen Qualitäten von Thadden-Trieglaffs auch nur zu zweifeln. Martin Fischer hatte ihn ihretwegen als Präsident der Kirchenkanzlei vorgeschlagen: „Er hat die Gabe zusammenzuhalten, was auseinanderfällt, und mit großer Geduld nach der Parole zu suchen, in der sich Menschen wiederfinden können.“ Fischer zitiert seinen Brief an Dibelius vom 22. Juni 1948 mit der Empfehlung von Thaddens S. 11 in seinem Brief an Giesen am 22.11.1954 (EZA Nl. M. Fischer 606/29).

¹⁰⁵ Über von Thadden-Trieglaffs Leben 1891–1976 informiert Carola Wolf in Wilhelm Hüffmeier (Hg): Protestantismus in Preußen, Bd. V, Frankfurt a. M. 2009, 25–52, hier 28: Seine unvorstellbare Verweigerung der Duellforderung 1912 „schien alle Berufspläne zunichte zu machen.“

angemessen umzugehen. Es ist keine Antwort Ehlers' auf von Thadden-Trieglaffs Brief bekannt. Die strukturelle Schwäche der kirchlich – brüderlichen Gemeinschaft als gesellschaftlicher Provinz wird vermutlich von Thadden-Trieglaff und Ehlers gleichermaßen gequält haben.

Die Befehdung aus der verschlossenen Brüderwelt traf Ehlers hart, weil sie seiner politischen Arbeit theologisch Boden und Glaubwürdigkeit zu entziehen drohte. Hans – Joachim Iwands Beiträge zum Kirchentag sind Beispiele dafür, wie christliche Argumentation auf politische Realitäten nicht im Dialog mit politischen Argumenten einging. In der „Jungen Kirche“ warf er Journalisten aller Zeitungen außer der „Frankfurter Zeitung“¹⁰⁶ vor, als Anhänger des Freund-Feind – Schema Carl Schmitts den „Dritten Weg der Kirche Jesu Christi“ nicht zu sehen:¹⁰⁷

„Die Christenheit“ – Iwand konkretisiert das Handlungssubjekt nicht – „möchte vor der ganzen Welt ein Zeugnis ablegen, daß sie des Glaubens und des Willens ist, daß ein Weg des Friedens gefunden werden kann zwischen den Menschen im Osten und den Menschen im Westen, [...] wenn man Christus in der Mitte sein läßt, wenn man der Botschaft von ihm freien Lauf läßt.“

Der Göttinger Ordinarius übergang, dass diese Versöhnung ein Arrangement der Staatsgebilde einschließen muss. Er erwähnte weder das Grundgesetz noch die weltanschauliche Neutralität der Bundesrepublik. Wie konnte Politik gemäß Iwands Forderung „Christus in der Mitte sein [...] lassen“? Iwands drastische Pointe, „der Weg und [...] Glaube der Christenheit ist nicht der Weg der Bonner Regierung“¹⁰⁸ war als Glaubensurteil auf der Grundlage politischer Entscheidungen unerträglich für alle, die politisch anders votierten. Das war die Aufkündigung des Brudernamens. Ehlers, Herausgeber der „Jungen Kirche“, war als politischer Partner Adenauers also kein Christ mehr.

Exemplarisch dialogunfähig war Iwands „Antwort an einen Journalisten. Grenzüberschreitung in der Kritik am Kirchentag“¹⁰⁹ in „Kirche in der Zeit“. Sie galt dem Artikel „Die geistige Heimat der falschen Brückenbauer. Karl Barth an der Spitze einer merkwürdigen Strömung des Protestantismus von IvK-Mitarbeiter“ in „Die neue Zeitung“. Die US-Militärregierung hatte diese neben den von ihr lizenzierten Zeitungen als Vorbild eines nach Maßstäben des US-Journalismus arbeitenden Blattes vornehmlich mit deutschen und jüdischen Redakteuren aus dem Exil eingerichtet. Iwand empörte „IvKs“¹¹⁰ Kritik, den Kirchentag als „dritten Ort“ zu betrachten. „IvK“ hatte sie damit begründet, dass „die Kirche im totalitären Staat diese

¹⁰⁶ Eine Zeitung dieses Namens gab es nicht. Ist „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ oder „Frankfurter Rundschau“ oder „Neue Frankfurter Presse“ gemeint?

¹⁰⁷ Hans Joachim Iwand, Der Berliner Kirchentag, in: Junge Kirche Heft 15, v. August 1951, 397.

¹⁰⁸ „Junge Kirche“ S. 397f., Iwand gehörte zu den sieben Professoren und Personen aus dem öffentlichen Leben, die mit sieben Studenten als „Göttinger Sieben“ Anfang Januar 1951 gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands „in einem längeren Aufruf protestierten“ („Junge Kirche“ 12. Jg. Februar 1951 Heft 3, 49).

¹⁰⁹ Vgl. Kirche in der Zeit 6. Jg. Nr. 17 (v. 18. September 1951), 193f. Der von Iwand genannte Beitrag erschien in Nr. 193 am 17./18. August 1951, 5. Iwand erwähnt nicht den Beitrag in Die neue Zeitung Nr. 187 (v. 11. August 1951), 5: „Verdächtige Brückenbauer am falschen Ort. Kassandrarupe, alte Männer und neue Rezepte von Observer“, der dasselbe Thema behandelt hatte.

¹¹⁰ Die Zeitung gibt nicht an, welche Person die Abkürzung „IvK“ trug.

Konstruktion (eines „dritten Ortes“) nicht zu bieten vermag.“¹¹¹ Sie sei „Ausgeburt einer schier unglaublichen Naivität [...] oder ein arglistig konstruiertes Luftschloß, dazu bestimmt, die wache Aufmerksamkeit der Mitmenschen einzuschläfern“. Er verlangte von der Kirche eine klare Stellungnahme im Kampf mit dem totalitären Staat, statt als „dritter Ort“ dem Konflikt auszuweichen und Neutralität vortäuschen zu wollen. Als Protagonisten der Neutralitätsdevise nannte „IvK“ Heinemann und Niemöller und führte diese Einstellung auf Karl Barth zurück,¹¹² der nach dem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ (NZZ) die reformierte Kirche in Ungarn gelobt hatte, „weil sie sich nicht mit der Frage nach Recht und Unrecht ihrer jetzigen Regierung, sondern schlicht mit der eigenen positiven Aufgabe in der Welt beschäftigt“ habe.

Iwand sah in „IvKs“ Argumentation das „Mißtrauen in einer amerikanisch geleiteten Zeitung, das die eben noch so geschätzte und begehrte Stimme der Christen erweckt.“ Er schrieb:

„Es ist nicht gut, wenn Journalisten, die man nicht kennt und die im Unterschied zu den führenden Männern der Kirche keine persönliche Verantwortung für das von ihnen Geschriebene [...] zu tragen haben, solches tun, ohne sich zu fragen, wie sie selbst, [...] der IvK-Mitarbeiter gibt sich als Vertreter der christlichen Kultur aus, zu diesem Herrn der Kirche stehen.“

In anderen Worten: Iwand urteilte über den unbekanntenen christlichen Glauben „IvKs“, ein Universitätsprofessor führte Glaubensbekenntnisse als Kriterium journalistischer Qualität an. Grundsätzliche Zweifel an der freiheitlich – demokratischen Staatsordnung hatte er bereits am 10. Februar 1950 im Reichsbruderrat in Anwesenheit auch Ehlers' und Niemöllers angemeldet:

„Eine private Meinung haben wir als Christen nur in sehr begrenzter Form. [...] Es war sehr bedauerlich, daß wir nach 1945 wieder Parteien bekamen, wodurch die eigentlichen Lebensfragen unseres Volkes wieder verdeckt wurden. Es gibt Situationen, wo eindeutige politische Sätze gesagt werden müssen.“¹¹³

Tonangebende Kreise in der kirchlichen Provinz sabotierten mithin dogmatisch selbstgewiss das in der politischen Neuordnung unabdingbare „Gemeinschaftshandeln.“¹¹⁴ Dieser Boykott ging Hand in Hand mit der Ausgrenzung des alten Mitstreiters Ehlers' und dessen Engagements für den Aufbau der Bundesrepublik als freiheitlich-demokratischer Staatsordnung. Es war seine besondere Leistung, als langjähriges Mitglied der Bekennenden Kirche, im kirchlichen und politischen

¹¹¹ Die neue Zeitung“ Nr. 193, 17./18. August 1951, S. 5: „Die geistige Heimat der falschen Brückenbauer ... IvK“

¹¹² Nicht erwähnt wird, dass der 65. Geburtstag Barths diesen und seine Schüler wie Iwand Ende März 1951 in Herborn zusammengeführt hatte. Nach „Junge Kirche“ 12. Jg. v. Mai 1951, 260–265 erörterten diese keine politischen Probleme, sondern vertieften sich ausschließlich in theologische Debatten.

¹¹³ Protokoll der 24. Tagung des Reichsbruderrats am 10. Februar 1950, 3f. (EKHN 36/13 24.Tg).

¹¹⁴ Der Soziologe Noah Eisenstadt betont, dass in Erneuerungsprozessen die „bewußte Hingabe seitens derer, die daran teilnehmen oder davon umfaßt werden“ über den Zusammenhalt einer Gemeinschaft entscheidet. Vgl. Noah Eisenstadt, Soziologische Betrachtungen zum historischen Prozeß, in: Karl-Georg Faber/Christian Meier (Hgg.), Historische Prozesse, München 1978, 453.

Dialog gewonnene Orientierungspunkte zu vertreten, während der durch das „Dritte Reich“ ermöglichte Zusammenhalt der Bekennenden Kirche auch deshalb zerbröckelte, weil sie sich nicht in die neue Ordnung „bewußt hineinbegab.“ Nun zeigte sich, dass „ihre politischen und sozialen Zukunftsvorstellungen weit voneinander abwichen.“¹¹⁵

VIII. Christsein realisieren

Die wüsten Attacken aus bruderrätlichen Kreisen beim Kirchentag können an Ehlers nicht folgenlos vorbeigegangen sein. Politisch ermöglichte der Kirchentag Ehlers' Durchbruch, kirchlich wird beim Kirchentag die beleidigende Abkehr früherer bruderrätlicher Freunde Ehlers in Distanz gegenüber der Verkirchlichung des Protestantismus¹¹⁶ bestärkt haben. Diese hatte ihn in seiner leidenschaftlichen Verfassungsarbeit im Ordnungsausschuss des Bruderrates, im Verfassungsausschuss der EKD sowie in der oldenburgischen Kirche geprägt. Von dieser bedingungslosen wie einseitigen Nachkriegsbegeisterung hatten ihn dann Erfahrungen im Umgang mit der neuen politischen und kirchlichen Ordnung abrücken lassen. Ehlers war kirchlich wie politisch nicht ideologisch starr, er engagierte sich für seine Überzeugungen offen für die Erfahrungen, die bei deren Realisierung gemacht werden, wie sein Umgang nicht nur mit der Kirchensteuer zeigt.

Kirchlich ging Ehlers nach dem Kirchentag in gewisse Distanz zu den Kirchenleitungen. „Für die weitere Entwicklung unseres auf Grund der Verfassung weltanschaulich neutralen Staates ist von ausschlaggebender Bedeutung, ob es noch christliche Menschen in ihm gibt“, sagte er im September 1951 auf dem Jungmännertag in Stuttgart.¹¹⁷ Aus der Perspektive der begrüßten Staatsordnung über Kirchen und Christen zu urteilen, so beiden Provinzen gerecht zu werden, hatte Ehlers schon vor dem Kirchentag veranlaßt, nie „christliche Gemeinden“ als öffentliche Handlungssubjekte anzuführen. Ihn wird gestört haben, dass dieser Begriff ohne kirchensoziologischen Wirklichkeitsbezug als ideologischer Kampfbegriff verformt war. Für Ehlers' konfessionelle Offenheit sprach, dass er einen Monat vor dem Kirchentag Journalisten in Hermannsburg erläutert hatte, dass es „Aufgabe beider Konfessionen ist, das Volk zur Mitverantwortung zu erziehen.“¹¹⁸ Ein halbes Jahr nach dem Kirchentag sprach Ehlers in derselben Akademie über „politischen Realismus und christlichen Glauben“ und warnte vor „der bequemen Erwägung, daß der politische Radikalismus letztlich die Kirche nicht berühre, da die Kirche in der Katastrophe geistiges Leben habe.“¹¹⁹ Sicher war für ihn das geistige Leben der Kirche weltweit

¹¹⁵ Werner Jochmann, *Evangelische Kirche und Politik in der Phase des Neubeginns 1945–1950*, in: V. Conzemius/ M. Greschat/ H. Kocher (Hgg.). *Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte*, Göttingen 1988, 195.

¹¹⁶ Kurt Nowak, *Christentum in politischer Verantwortung* (wie Anm. 34), 43.

¹¹⁷ Dies sagte Ehlers nach dem Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ vom 25. September 1951 auf dem Jungmännertag in Stuttgart tags zuvor.

¹¹⁸ Referierte die „Hannoversche Allgemeine“ am 18. Juni 1951.

¹¹⁹ Hermann Ehlers, *Politischer Realismus und christlicher Glaube*. Manuskript vom 17. Februar 1952 in Hermannsburg. Vgl. Ehlers, *Reden, Aufsätze* (wie Anm. 101), 129.

gegeben. Aber er bezweifelte, dass konkrete Orts- und Landeskirchen geistgestärkt vor Zerstörungen sicher seien, wie Niemöller behauptete.¹²⁰ Dem hielt Ehlers die nüchterne Beobachtung entgegen: Kirchen sind „ausgerottet worden“. Zum „Sieg eines politischen Radikalismus, der den Glauben bekämpft“, führe, wenn einzelne die ihnen obliegende Verantwortung nicht wahrnehmen. „Jede politische Uninteressiertheit des Christen und jedes Ausweichen vor der konkreten Entscheidung gefährdet das Ganze sowohl im Volk wie in der Kirche (...) Jeder politische Radikalismus ist heute nicht nur eine politische, sondern eine geistliche Gefährdung.“¹²¹ Er nahm Christen also in die Pflicht, für den Bestand des geistigen Lebens zu sorgen. Es fällt auf, dass US-Präsident Harry S. Truman 1945 vergleichbar gegenüber John Forster Dulles, Chairman des „Committee on Peace“ im Federal Council of Churches, einwandte, dass „spiritual values“ zerstörbar und nicht gottgeschützt ewig sind:

„We often hear it said that spiritual values are indestructible, but I think it should be said that they are indestructible only as long as men are ready and willing to take activism to preserve them.“¹²²

Beide, Truman wie Ehlers, verbatene menschliche Passivität oder desinteressierte „Neutralität“, die sich mit Vertrauen auf den göttlichen Geist rechtfertigte.

„Wir müssen auch in unseren Kreisen die Zeitung lesen. Dieses Wissen ist etwas, was Gott von uns fordert“ sagte Ehlers ein Jahr nach dem Kirchentag ost- und westdeutschen Jugendlichen aus den Schülerbibelkreisen in Landau.¹²³ Das war in kirchlichen Kreisen unerwartet, ungewöhnlich. Und kein Politiker aus CDU, DP, FDP oder FDP ist bekannt, der wie Ehlers vor den Bibelkreislern bedauerte, „daß wir (in Westdeutschland) nicht dasselbe unter anderen Voraussetzungen tun, was man drüben im Osten die Volkssolidarität nennt.“¹²⁴

Ehlers hatte Aufgaben und Pflichten der Kirchen im Blick. Anlässlich des Kirchentages in einer gesamtdeutschen Kirche unterstrich er, dass die Kirche gegenüber dem Staat in der Pflicht sei, „einiges zu tun, was er selbst (noch) nicht tun kann.“¹²⁵ Ihm lag somit an einem partnerschaftlichen Mit- und Nebeneinander der beiden selbständigen und doch voneinander abhängigen Körperschaften. Im Kontrast sei aus

¹²⁰ Bei Martin Niemöller, Die Kirche zwischen Ost und West. Von Kirchenpräsident Martin Niemöller in: O. Sonntagsblatt v. 11. Juli 1954, klang das so: „Wir wissen, daß die Kirche nicht von der Gunst der Welt lebt und deshalb auch nicht an der Ungunst der Welt stirbt. Sondern sie lebt von der Verheißung ihres Herrn und geht zugrunde nur, wo sie ihn verläßt.“

¹²¹ Ehlers, Manuskript Politischer Realismus und christlicher Glaube, in: ders., Reden, Aufsätze (wie Anm. 101), 129.

¹²² Diese Mitteilung Trumans vom 6.11.1945 an J.F. Dulles (Harry S. Truman library PPF 33) zitiert Merlin Gustafson, The Religion of a President, in: Journal of Church and State 10 (1968), hier 386.

¹²³ Ehlers' Redemanuskript vom 2. Juni 1952 „Ich sende euch in die Welt der Mächte“, 4 (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerarbeit, künftig: AES Juwa. J 16, Reichstagung Landau II, 1952).

¹²⁴ Hermann Ehlers, Ich sende euch in die Welt der Mächte (wie Anm. 123), 1. Ehlers wusste, dass Kirchen in der DDR ihren Mitarbeitern Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Volkssolidarität empfehlen. Vgl. Kurt Nowak, Christentum in politischer Verantwortung (wie Anm. 34), 49.

¹²⁵ Vgl. Hermann Ehlers, Was erwartet der Staat von der Kirche? Nach Tonbandaufzeichnung gefertigtes Manuskript des Vortrags vom 13. Juni 1952 im Remter in Bethel, 19. Er befindet sich im Nachlass Ehlers', den der Autor bei dessen Witwe Jutta Logemann-Ehlers einsehen konnte.

den bruderrätlichen Gedankengängen Niemöllers Freund Heinrich Grüber zitiert. Dieser Bevollmächtigte der EKD bei der DDR-Regierung schilderte im Juli 1950 auf einer Pressetagung bei Düsseldorf die „politische Verpflichtung der Kirche heute.“¹²⁶ „Nur die Kirche in des Wortes weitesten Sinne kann heute dem Volk helfen. Sie allein kann die Warnung und den Betrug erkennen lassen.“ (7) Aber, schränkte er ein, die Kirche:

„darf auch nicht versuchen, direkt oder indirekt im Staatsleben beherrschend aufzutreten. Das Verhältnis von Kirche und Staat kann nur bestimmt werden von einem Geist dienstwilliger und -bereiter Liebe. Der Staat findet von sich aus diesen Weg nicht; die Kirche muß ihn um ihrer selbst, aber auch um des Staates und des Volkes willen klar und konsequent gehen.“(8)

Damit war von Grüber die von Ehlers behauptete institutionelle Verschränkung von Kirche und Staat bestritten, Grüber sah wie andere den Staat nur im Gefolge der Kirche auf dem richtigen Weg der christlichen Liebe. Nur: ungeachtet des grundsätzlichen Widerspruchs „schätze ich Bruder Ehlers sehr“, schrieb Grüber Niemöller im Juni 1951. Ehlers gehöre zu den „CDU-Politikern, mit denen ich am weitesten zusammengehen kann.“¹²⁷ Zwischen Grüber und Ehlers war es eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Unerträglich wurde diese Meinungsverschiedenheit für Ehlers erst durch das niederträchtige Verhalten Niemöllers.

Ehlers bemühte sich, um seine Position zu verdeutlichen, Klarheit über Gestaltung, Möglichkeiten und Ziele christlicher Politik zu schaffen. Er sah Kirchenleitungen christlicher Politik im Wege stehen, wenn sie politisches Engagement von Pfarrern verhinderten:

„Ich habe schon gelegentlich (als Kirchenjurist) die Frage gestellt, ob man [...] einen Mann in die Kirchenleitung hineinsetzen sollte, der [...] die Aufgabe hat, mit angespannter Aufmerksamkeit alles zu verfolgen, was im öffentlichen Leben vorgeht. Es müßte möglich sein, einen [...] politischen Extrakt den Pfarrern zuzuleiten, sie nicht zu einer einseitigen politischen Entscheidung zu nötigen, sie nur informieren, was los ist [...].“¹²⁸

Realistisch wollte Ehlers, dass Kirchen sich in Nachkriegsdeutschland durch binnenkirchliche Informationsarbeit zur „gesellschaftlichen und geistigen Selbstüberwachung“ einbinden. Bereits der damals theologisch verfemte Religionssoziologe Ernst Troeltsch hatte diese Kompetenz der Kirche zu deren „Konstitutionsfaktoren“ in der modernen Gesellschaft gezählt.¹²⁹

Der Kirchentag hatte ihn nicht ermuntert, seine Hoffnung in „christliche Politik“¹³⁰ zu setzen. Seine „Beschwerden“, meinte er in einem Brief im September 1951,

¹²⁶ Heinrich Grüber, Politische Verpflichtung der Kirche heute (achtseitiges Manuskript ohne Datum). Eine epd-Meldung über den Vortrag datiert diesen auf „Anfang Juli 1950.“ Vgl. GStA PK HA VI Familienarchive und Nachlässe NI Heinrich Grüber Nr. 763. Im Text sind hinter den Zitaten die Seitenzahlen im Manuskript genannt.

¹²⁷ Grübers Brief an Niemöller vom 11. Juni 1951 (ZA EKHN 62 Akz. Nr. 1116)

¹²⁸ Hermann Ehlers, Was erwartet der Staat von der Kirche? (wie Anm. 125), 12.

¹²⁹ Zit. nach Kurt Nowak, Christentum in politischer Verantwortung (wie Anm. 34). Zum Umgang des Christentums mit politischer Ethik vgl. Troeltsch, Politische Ethik und Christentum, Göttingen 1904, 39.

¹³⁰ „Gibt es christliche Politik überhaupt?“ fragte Ehlers am 13. Juni 1952 Theologiestudenten der Kirchlichen Hochschule Bethel im Remter (Ms. S. 13). Die Erfahrungen, die in den letzten 60, 70 Jahren damit gemacht wurden – er nannte Adolf Stöcker und Friedrich Naumann – seien „entweder Winkelsache geblieben oder führten in Kanäle, die außerordentlich bedrohlich sind [...]. Wenn wir

lagen „weniger bei dem offiziellen Fernbleiben Bonner Regierungsstellen, als in der Tatsache, dass evangelische Minister und Bundestagsabgeordnete sich in dem Maße, wie es geschehen ist, vom Berliner Kirchentag distanzieren haben. „Dafür gibt es keine Entschuldigung, und ich glaube, daß man der Sache keinen Dienst tut, wenn man in diesen Dingen zu freundlich urteilt.“¹³¹ Es klingt, als hätte Ehlers die Betroffenen zur Rede stellen wollen. Aber das unterblieb. Gerichtet war der Brief an Gottfried Traub, den Gangolf Hübinger aus gutem Grund „den bedeutendsten politischen Redner des liberal-protestantischen Milieus“ nennt.¹³² Ehlers redete ihn mit „sehr geehrter Herr Pfarrer“ an. Es ist charakteristisch für den Bundestagspräsidenten, mit diesem früheren Anhänger Friedrich Naumanns, liberalem Abgeordneten im preußischen Landtag, Mit-Putschisten Kapps, Herausgeber nationaler Blätter, der sich in Distanz zu Hitler auf die Seite des kirchlichen Widerstands geschlagen hatte, in lockerem brieflichen Gedankenaustausch gestanden zu haben.¹³³ Dass er dem Pfarrer-Politiker Traub seine tiefe Enttäuschung über das Verhalten der evangelischen Abgeordneten klar wie keinem anderen mitteilte, belegt gegenseitiges Verständnis und Vertrauen.

Ehlers erwartete interessierte Teilnahme evangelischer Politiker am Kirchentag und mitnichten – wie die Berliner Presse verlangte – dass die Bundesregierung die im Kirchentag gebotene „Chance“ politisch nutze. Denn, so betonte er, wäre die Regierung „mit aktuell politischer oder propagandistischer Zielsetzung nach Berlin gekommen [...], hätte sie dem einem (östlichen) Propagandaversuch einen anderen entgegengestellt, und das wäre kirchlich und letztlich auch politisch ohne Belang gewesen.“¹³⁴ In kluger Wortwahl kritisierte er:

„Was die Kirche und gerade die Masse ihrer Glieder aus dem Osten gewünscht hätte, wäre eine Anteilnahme der Bundesregierung um der Kirche und ihrer eigenen Aufgabe willen gewesen.“¹³⁵

Gäste nehmen teil, Angehörige nehmen Anteil. „Das Fehlen des evangelischen Bundesinnenministers Lehr falle erheblich ins Gewicht.“¹³⁶ Sicher war der ent-

von einer christlichen Politik sprechen, heißt das also nicht, daß wir eine einfache Regel aufstellen: Christliches Abendland, christlicher Staat, christliche Politik.“ Ehlers' Frage war klar: Was ist, wann kann, was soll christliche Politik? Er bot keine programmatische Antwort. Ein Jahr später ging er vor der evangelischen Gemeinde in Mainz weiter: „Es gibt keine ‚christliche Partei‘ und es gibt keine ‚christliche Politik‘.“ Vgl. Die Freiheit (Mainz) am 12. Mai 1952.

¹³¹ Der Brief Ehlers' an Traub vom 11.09.1951 (BArch N 1059/60) ist abgedruckt in: Ehlers, Reden, Aufsätze (wie Anm. 101), 418.

¹³² Vgl. Gangolf Hübinger, Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994, 168.

¹³³ Unklar ist, wie der Kontakt zwischen beiden zustande kam, im BArch liegen drei Briefe Ehlers an Traub vor. Die Angaben über den Todestag Traubs sind in der Literatur widersprüchlich: Hübinger, in: RGG⁴ 8 (2005), 554f. datiert Traubs Tod auf den 22. September 1956; Immanuel Geiss im „Biographischen Lexikon zur Weimarer Republik“, hg. v. W. Benz/H. Graml, München 1988, 236 auf den 22. September 1950. Dasselbe Datum nennt das Bundesarchiv Koblenz zum Nachlass Traubs (N 1059), der laut Inhaltsverzeichnis den Briefwechsel bis 1955 enthält. Das Direktorium des Stadtarchivs in München teilte dem Autor am 10.09.2012 mit, dass der am 11.01.1869 geborene Gottfried Traub am 3.04.1921 von Dortmund in die Wolfratshausener Straße 48 in München zog und am 22.09.1956 in München starb (Quelle: EWK 65 / D 914).

¹³⁴ Hermann Ehlers, Kirchentag am Rande erlebt, in O. Sonntagsblatt Nr. 30 (v. 29. Juli 1951), 2.

¹³⁵ Hermann Ehlers, Zwischen Pankow und Bonn, in: Kirche und Mann 8.1951, 4.

¹³⁶ Vgl. Horst Flügge, Nicht nur Politik, in: Bremer Nachrichten Nr. 172 (v. 28. Juli 1952), 2.

täuschte Ehlers zornig, aber kluge politische Zurückhaltung wird ihn abgehalten haben, sich in politische Kontroversen mit Vorwürfen oder Forderungen zu verzeteln.

Politisch begann Ehlers im Berliner Kirchentag, sich ohne Illoyalität als CDU Nachfolger des 28 Jahre älteren Bundeskanzler Adenauer zu profilieren. Der Kirchentag bewies: Die deutsche Frage war offen. Das war Ehlers wichtig. Deutschlandpolitisch verkörperte er die Maxime des Gründungsherausgebers der kulturpolitischen Zeitschrift „Der Monat“ Melvin J. Lasky: „Our truth must be active, must enter the contest, it cannot afford to be an Olympian bystander.“¹³⁷ Das lebendige gesamtdeutsche kirchliche Miteinander war ein wichtiges Argument im Wunsch Ehlers', „das Gespräch mit dem Osten nicht unbedingt abzulehnen.“ Wenn denn Kirchen einmal ihrer von Ehlers erklärten Pflicht genügen und tun, „was der Staat selbst (noch) nicht tun kann“, dann sollte der Staat daran anknüpfen.¹³⁸

IX. Schon 1952? – Erst 1952!

Es wäre dumm und ungeschickt gewesen, hätte Ehlers ehrgeizig politischen Übereifer an den Tag gelegt. Im Jahr nach dem Berliner Kirchentag machte Ehlers' Empfang einer Volkskammerdelegation im Bundestag am 19. September 1952 Adenauer mit der SPD gemeinsam zu Verlierern. Als Ehlers am 5. Dezember 1952 im Bundestag humorvoll daran erinnerte, „auch damals schon (auf) eine gewisse Einmütigkeit der Ablehnung“ gestoßen zu sein, reagierte das Haus mit „Heiterkeit“.¹³⁹ In einem zeitgeschichtlichen Journal soll unter dem Arbeitstitel „Schon 1952? Erst 1952!“ Ehlers' Empfang der Volkskammerdelegation neben den Argumenten des Laienpredigers George F. Kennan als deutsche Alternative in Zusammenhang mit der US-Politik der „Holy Alliance“ im Kontext der „Theologie des Kalten Krieges“¹⁴⁰ und der „Spiritual weapons. The Cold war and the forging of an American National religion“¹⁴¹ analysiert werden. Dabei wird die retrospektive These von 1990 verworfen, die deutschlandpolitische Konzeption Ehlers' habe an der „wenig realistischen Zielsetzung gekrank“¹⁴², dass die westliche Integration die Herstellung der deutschen

¹³⁷ Melvin J. Lasky, On the need for a new Publication, Effectively American Oriented on the Cultural Front, S. 7. (Dezember 1947, OMGUS Information Control Division, National Archives RG 260 Box 246).

¹³⁸ Diesen Wunsch formulierte Ehlers am 13. Juni 1952 vor Theologiestudenten in Bethel (vgl. Anm. 125).

¹³⁹ Stenographische Mitschriften (wie Anm. 85), 242. Sitzung, Bd. 14, Sp. 11465.

¹⁴⁰ William Inboden hat nach der von John Lewis Gaddis erklärten „tragedy of cold war history“ den theologischen Sinnhorizont des „Kalten Kriegs“ herausgearbeitet. Dieser ehemalige Mitarbeiter im Weißen Haus und US-Außenministerium spricht in seiner geschichtlichen Untersuchung von „Theologie des Kalten Krieges“. Vgl. William Inboden, Religion and Foreign Policy 1945–1960. The Soul of Containment, Cambridge 2008, hier 28; zum Schlagwort der „tragedy of cold war history“ vgl. John Lewis Gaddis, in: Diplomatic history 17 (1993), 1–16.

¹⁴¹ Jeremy Gunn, Spiritual Weapons. The Cold War and the Forging of an American national Religion, Westport 2009.

¹⁴² Gerhard Besier, Hermann Ehlers. Ein evangelischer CDU-Politiker zur Frage der deutschen Einheit, in: Wolfgang Huber (Hg.), Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland, München 1990, hier 107 u. in: Kerygma und Dogma 36 (1990), 95f.

Einheit nicht ausschließen dürfe. Dagegen spricht, dass die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 dieses deutschlandpolitische Ziel bestätigte – nach Jahrzehnten. Dem widerspricht biographisch, dass Ehlers – unsicher wie alle über den Fortgang – realitätsbezogen auch seine deutschlandpolitische Zielsetzungen entwickelte.

Nach dem Jahr 1990 erscheinen die deutschlandpolitische Erwägungen des Abgeordneten Ehlers vom Februar 1950 in neuem Licht. Bei der Beurteilung des Verhaltens Niemöllers präziserte er das deutschlandpolitische Problem erweiternd europapolitisch:

„Zweifellos ist es richtig, daß man nicht à tout prix die Einheit Deutschlands fordern soll, und Niemöller hat das auch nicht getan. [...] Ich glaube, daß es nicht ausreicht, sich mit der jeweils gegebenen und weder von der Mehrheit der einen noch der anderen Hälfte Deutschlands gewollten Entwicklung abzufinden. Vielleicht sehen wir bisher viel zu wenig von der Notwendigkeit, die Debatte um die deutsche Einheit durch ein diese Frage überhöhendes Gespräch über die Zusammenfassung Europas zu ergänzen.“¹⁴³

Zwei Monate vor dem Berliner Kirchentag mahnte Ehlers in Bremen, die Vorschläge der Volkskammer dürften „nicht brüskiert (werden. Und) unsere Antwort muß uns aus der kümmerlichen Defensive herausführen.“¹⁴⁴ Die Beantwortung des Grotewohlbriefes vom 30. November 1950 hätte nicht so lange auf sich warten lassen dürfen. Aber wie in kirchlichen Zusammenhängen, etwa der Regelung der Abgaben oder bei der Klärung, was „christliche Politik“ sein kann, hinderte Realitätsbewusstsein Ehlers auch deutschlandpolitisch, seine Hoffnung auf einen Plan zu setzen. Ein Vierteljahr nach dem Kirchentag warnte er in der Evangelischen Woche in Flensburg nach der Aufführung des Laienspiels „Wartesaal Niemandsland“ vor einem „fertigen Plan“, um aus dem Niemandsland herauszukommen. Der verbaue dem deutschen Volk den Weg in die Zukunft.¹⁴⁵ Ende September 1952 widersprach Ehlers Adenauer auf einer CDU-Wahlversammlung in Delmenhorst:

„Er [Ehlers] würde sich noch mit ganz anderen Leuten als Nuschke und Matern an einen Tisch setzen, wenn er damit den achtzehn Million Menschen in der SBZ helfen könnte.“¹⁴⁶

Im Oktober 1952 meinte er vor Studenten in der Mensa der Universität Bonn, der Sowjetunion dürfe nicht mit militärischer Stärke gedroht werden. „Dem Russen ist deutlich zu machen, daß er im kalten Krieg keine Erfolge erzielen kann, um ihn zu Verhandlungen bereit zu machen.“¹⁴⁷ Im Mai 1953 war für ihn die „Regierung der Sowjetzone“ kein Ansprechpartner mehr, „weil sie keine echten Verhandlungsmöglichkeiten habe. Verhandlungen mit führenden Sowjetrussen seien zu empfehlen.“¹⁴⁸ Dennoch unterhielt sich Ehlers 1954 auf dem Leipziger Kirchentag mit seinem Verbindungsbruder aus dem Verein deutscher Studenten (VDSt), dem Präsidenten

¹⁴³ Brief Ehlers' vom 17. Februar 1950 an Prof. Dr. Dr. Hans Ehrenberg (ACDP I-369 Nr. 19).

¹⁴⁴ Über die Rede Ehlers' in einer öffentlichen Versammlung im Bremer Rathaus berichteten am 12.02.1951 mit hier genutzten Zitaten die Bremer Nachrichten, Die neue Zeitung und die Rhein-Zeitung.

¹⁴⁵ Vgl. Im Wartesaal Niemandsland, in: Flensburger Tageblatt v. 10.10.1951.

¹⁴⁶ Hermann Ehlers, Deutsche Einheit dringendstes Problem, in: Frankfurter Neue Presse v. 30.09.1952.

¹⁴⁷ Vgl. General-Anzeiger v. 28. Oktober 1952.

¹⁴⁸ Nach der Meldung der FAZ vom 18. Mai 1952 über eine Rede Ehlers' in Baden-Baden: „Bundestagspräsident will eine begrenzte Lösung des Ost-West-Konflikts“.

der Volkskammer Johannes Dieckmann – zum Ärger Adenauers und zur Überraschung des östlichen Geheimdiensts.¹⁴⁹

Ehlers entschied sich oft zu Zwischenlösungen, weil mehr nicht erreichbar war, um sie kirchlich und politisch als „Atempausen“ zu nutzen. 1951 urteilte er über die Folgen des Kirchentages in einer kirchlichen Zeitschrift:

„In dem unermesslich weiten Raum von der Elbe bis zum Chinesischen Meer war nur noch in Berlin einmal ein Raum freigekämpft, in dem Kirche reden und handeln, loben und beten konnte; im Juli 1951 noch einmal. Ob es später nochmals möglich sein wird, ist keineswegs sicher.“¹⁵⁰

Unsicher war er sich wie viele seiner Zeitgenossen, weil die Vielfalt von Möglichkeiten bei der Suche nach Orientierung ausschloss, mit Sicherheit für oder gegen sie zu votieren. Schon der *pater historiae* scheute in solcher Unsicherheit ein Urteil, weil „in der langen Zeit alles geschehen könnte“.¹⁵¹

Fritz René Allemann, dessen These in seinem Buch „Bonn ist nicht Weimar“, sprichwörtlich geworden ist, stellte im Januar 1953 im „Monat“ zweierlei über die Position fest, die sich Ehlers seit dem Berliner Kirchentag erstritten hatte:

„Der oldenburgische Oberkirchenrat hat als Bundestagspräsident in der souveränen Versammlungsführung wohl nur mit Henri Spak seinesgleichen, ist als Verbündeter Adenauers nach außen ebenso bedeutsam wie als politischer Gegenspieler des Kanzlers im Innern der Partei. In ihm hat der deutsche Protestantismus erstmalig seit Jahrzehnten einen politischen Führer von Format und mit kräftigem Durchsetzungsvermögen gewonnen. Manche Beobachter halten ihn für den einzigen, der imstande sein könnte, nach einem Ausscheiden Adenauers die Führung der CDU an sich zu reißen und sie vor einem Auseinanderfallen in ihre verschiedenen Bestandteile zu bewahren.“¹⁵²

Wie die Namen der beiden „herrschfreudigen Naturelle Adenauer und Ehlers“¹⁵³ bei den Bundestagswahlen 1953 in drei Ländern gemeinsam an die Spitze der jeweiligen CDU-Landesliste kamen, wird politikgeschichtlich geklärt. Der Bundestagspräsident meinte als Freund egalitärer optionaler Gespräche im August 1954 bei seinem Abflug zur 41. Konferenz der Interparlamentarischen Union in Wien, „er freue sich, auch mit Delegierten der Ostblockstaaten in persönliche Fühlung zu kommen: ‚Wir werden viele Dinge zu hören bekommen, die uns gefallen, aber auch viele, die uns nicht gefallen.‘“¹⁵⁴

¹⁴⁹ Dieckmann berichtete am 13. Januar 1961 in einer FDP-Veranstaltung in Marburg, er und Ehlers hätten sich „freundschaftlichst [...] stundenlang ausgesprochen“. Vgl. Reinhard Hübsch, „Dieckmann raus – Hängt ihn auf!“ Der Besuch des DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann am 13. Januar 1961 in Marburg, Bonn 1995, 7.

¹⁵⁰ Bundestagspräsident Hermann Ehlers, Zwischen Pankow und Bonn, in: Kirche und Mann 8.1951, 4.

¹⁵¹ Vgl. Herodot, *Historiae* V. Buch 9, Kap. 3.

¹⁵² Fritz R. Allemann, Das deutsche Parteiensystem. Eine politische Analyse, in: Der Monat 5.1952 (v. Januar 1953), 375.

¹⁵³ Vgl. Fritz R. Allemann, Hermann Ehlers, der Bundestagspräsident, in: Die Tat am 16. Oktober 1953.

¹⁵⁴ Bericht des „General-Anzeigers“ v. 30. August 1954.

X. Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurde gezeigt, gegen welche kirchlichen Widersacher Ehlers sich durchsetzen musste, deren verletzend Agitation gegen den Initiator des „Mittwochs-kreises“, der Ethikkommission *avant la lettre*, im Berliner Kirchentag einsetzte.

Bis heute ist Hermann Ehlers der einzige Bundestagspräsident und seit 1952 der einzige stellvertretende Parteivorsitzende, der „zu aktuellen kirchlichen, kulturellen und politischen Fragen“ wöchentlich – mit zwei Ausnahmen im Sommer 1947 – im „Sonntagsspiegel“ im „Oldenburger Sonntagsblatt“ „Stellung nahm“. Er kannte sich im journalistischen Handwerk aus und respektierte dessen Eigenlogik. Ehlers sprach Differenzen aus und war bereit, Differenzen aussprechen zu lassen, dabei aber auch Kompromissbereitschaft zu pflegen.¹⁵⁵ Wie sehr seine Kompromissbereitschaft in grundsätzlichen Fragen eine Ausnahme im politischen Alltag ist, zeigt das Verhalten deutscher Politiker seit 1990, die ihre „Prinzipienscheu in Europafragen“¹⁵⁶ als „suboptimalen Pragmatismus“¹⁵⁷ kultivieren. Für Ehlers waren Kompromisse pragmatisch als „Atempausen“ keine Dauerlösung bei Aufgabe eigener Prinzipien. Er verstand sie als Aufforderung an sich, einmal für prinzipientreue Problemlösungen fähig zu sein. Zu klären bleibt, warum Darstellungen der Geschichte Deutschlands nach 1945 weder auf den „Mittwochskreis“ evangelischer Bundestagsabgeordneter noch auf den einzigen FAZ-Leitartikel eines Bundestagspräsidenten, nämlich Hermann Ehlers' „Der Geist der Freiheit“ am 23. Mai 1953 zum Pfingstfest eingehen. Viele klug und pointiert argumentierende „Sonntagsspiegel“ Ehlers' wurden nachgedruckt. Sie dokumentierten, „daß es kaum eine Frage des öffentlichen Lebens gibt, zu der nicht der Christ von seiner Grundhaltung aus Stellung beziehen muß.“¹⁵⁸ Durch sie und unendlich viele andere publizistische Arbeiten machte er sich bekannt und erarbeitete sich als Christ und Politiker eine kirchliche und politische Machtposition. Indem er auf dem gesamtdeutschen Kirchentag in Berlin souverän den politischen Konflikt mit Adenauer und den christlichen mit seinen bruderrätlichen Freunden meisterte, schuf er Grundlagen für eine politische Stellung, die ihn zum „Kronprinz Adenauers“ machen sollte.

¹⁵⁵ Hermann Ehlers' Leserbrief in der FAZ vom 13. September 1951 war mit „Differenzen aussprechen“ überschrieben. Er konnte sich 1951 Redakteuren des „Katholischen Beobachters“ „als Journalist und Publizist, als Kollege vorstellen.“ Vgl. Der zweite Mann. Gespräch mit dem Bundestagspräsidenten, in: Katholischer Beobachter v. 25. Dezember 1951.

¹⁵⁶ So der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht und Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin Dieter Grimm, Es geht ums Prinzip, FAZ v. 6. Februar 2013, 28.

¹⁵⁷ Finanzminister Wolfgang Schäuble in: FAZ v. 12. Januar 2013, 14 sei als ein Beispiel zitiert.

¹⁵⁸ Hermann Ehlers, Nach fünf Jahren (wie Anm. 99).

Abstract

Die Analyse des ersten gesamtdeutschen Kirchentages im Juli 1951 in Berlin und des kurzlebigen Arbeitskreises von Bundestagsabgeordneten zeigt, wie sich in Nachkriegsdeutschland evangelische Christen und Politiker bei der Frontenbildung des Kalten Krieges verhielten. In den Konflikten, in die der Kirchentag direkt und indirekt Beteiligte verwickelte, rückte Bundestagspräsident Oberkirchenrat Hermann Ehlers in den Mittelpunkt. Er nutzte als ehemaliges Mitglied der Bekennenden Kirche die Gelegenheit, um sich im Widerspruch sowohl gegen Kanzler Adenauer als auch gegen dessen Gegner in der evangelischen Kirche als Politiker zu profilieren. Das ermöglichte dem respektierten „Kronprinz Adenauers“, 1952 im Bundestag eine Delegation der DDR-Volkskammer zu empfangen.

An analysis of the first pan-German *Kirchentag*, held in Berlin in July of 1951, and of the short-lived committee of *Bundestag* representatives shows how Protestants and politicians in postwar Germany behaved on the fronts then being established in the Cold War. *Bundestag* president and *Oberkirchenrat* Hermann Ehlers was at the center of the conflicts in which the *Kirchentag* directly and indirectly engaged. As a former member of the Confessing Church, he took the opportunity to portray himself as a political alternative both to Chancellor Adenauer and to Adenauer's adversaries in the Protestant Church. This allowed the respected "crown prince" of Adenauer to receive a delegation from the *Volkskammer* of the GDR in the *Bundestag* in 1952.